

INHALT

Vorwort	7
1 Einleitung	9
1.1 Was ist Intersektionalität?	11
1.2 Welche Kategorien wie verbinden?	15
1.3 Welche Ebenen wie verbinden?	18
2 Theorie: Intersektionale Ungleichheitsanalyse	25
2.1 Strukturelle Herrschaftsverhältnisse	28
2.1.1 Patriarchat und Kapitalismus	30
2.1.2 Vier Strukturkategorien	37
2.2 Symbolische Repräsentationen	54
2.3 Identitätskonstruktionen	59
3 Methodologie: Praxeologischer Intersektionalitätsansatz	63
3.1 Verbindung der Ebenen über soziale Praxen	63
3.2 Modell von Wechselwirkungen	68
3.3 Acht methodische Schritte der intersektionalen Analyse	79
4 Empirie: Mehrebenenanalyse am Beispiel von von Erwerbslosigkeit	99
5 Resümee	141
6 Literatur	149

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat & Satz: Nina Degele, Gabriele Winker
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
ISBN 978-3-8376-1149-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Die Debatte um Intersektionalität erscheint uns dafür als geeignetes Terrain, da es dort um Zusammenhänge und Wechselwirkungen sozialer Differenzierungen geht. Auch lassen sich mit einer intersektionalen Analyse gesellschaftlicher Ungleichheiten Ansatzpunkte für politisches Handeln markieren.

Aus diesem Anliegen ist in einem gemeinsamen dreijährigen Denk- und Schreibprozess dieses Buch entstanden. Zum Gelingen der Arbeit trug nicht zuletzt bei, dass Studierende und Promovierende unsere ersten Ideen in ihren Arbeiten erprobt haben. Dass wir dabei noch nicht am Ende angelangt sind, versteht sich von selbst. Wenn wir aber Anstöße geben können, Analysen sozialer Ungleichheiten breiter und durchaus que(e)rliegender anzulegen, haben wir unser Ziel erreicht.

Wir hoffen, dass Sie, liebe LeserInnen, als WissenschaftlerInnen, StudentInnen, PraktikerInnen, PolitikerInnen und Neugierige Überraschendes entdecken und neue Erkenntnisse gewinnen. Wir laden Sie ein, unsere Denkbewegungen mitzugehen, von denen uns vor allem vier Grenzüberschreitungen wichtig sind: Erstens verstehen wir Theorien als Werkzeuge, die uns helfen, gesellschaftliche Zusammenhänge besser zu durchdringen. Deshalb verbinden wir unsere intersektionale Ungleichheitsanalyse mit methodologischen Überlegungen und einem Vorschlag, wie diese in der empirischen Praxis umsetzbar sind. Wir stellen also nicht nur fest, wie etwas gemacht werden müsste, sondern wir tun es. Zweitens überwinden wir das Schulendenken, indem wir mit drei feministischen Perspektiven auf gesellschaftliche Konstruktionsprozesse schauen und damit mehr sehen als lediglich mit einer. Drittens beziehen wir theoretisch und methodologisch vielfältigste Differenzkategorien ein, entlang derer Diskriminierungsprozesse verlaufen, und überwinden damit die Frage nach der Masterkategorie, ohne die Bedeutung der Kategorie Geschlecht zu reduzieren. Und schließlich ist und bleibt das Ziel all dieser Gedanken der queer-feministische Anspruch auf gesellschaftliche Erneuerung, sprich all diejenigen Verhältnisse zu verändern, die Menschen unterdrücken und sie an der Entfaltung ihrer Bedürfnisse und Realisierung ihrer Lebensziele hindern.

Nina Degele, Gabriele Winker

Freiburg/Hamburg im April 2009

1 EINLEITUNG

Dass Hillary Clinton eine Frau ist, wussten die amerikanischen WählerInnen, dass sie es bei Barack Obama mit einem Schwarzen zu tun haben, ebenfalls. „Schwarz gegen Frau“ titelte die tageszeitung (taz) am 18.01.2007, womit der historische Test um die hartnäckigere Form der Unterdrückung eröffnet war. Nun ist das Duell „Rasse versus Geschlecht“ bekanntlich entschieden, und man mag spekulieren, ob sich auch bei diesem Vorwahlkampf Rassismus als politische Todsünde, Sexismus dagegen als Kavaliersdelikt (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25.05.2007) inszenieren ließ. Vielleicht gab auch das Alter und damit die Generationszugehörigkeit der KandidatInnen den Ausschlag – bei Clinton wie auch danach bei dem republikanischen Herausforderer John McCain. Der war im Wahljahr nämlich 71 Jahre alt, Jungspund Obama dagegen 46. Aufschlussreich indes war die Rede Obamas zu seinem Wahlsieg, in der er die Einigkeit jenseits sozialer und politischer Gegensätze beschwor:

„It's the answer spoken by young and old, rich and poor, Democrat and Republican, black, white, Hispanic, Asian, Native American, gay, straight, disabled and not disabled – Americans who sent a message to the world that we have never been just a collection of individuals or a collection of red states and blue states: we are, and always will be the United States of America.“¹

Erstens nimmt Obama eine nationalstaatliche Differenzierung vor – die Abgrenzung erfolgt entlang der Linie AmerikanerInnen/Nicht-Amerika-

1 Vlg. <http://elections.nytimes.com/2008/results/president/speeches/obama-victory-speech.html> [04.02.09]

nerInnen. Zweitens fehlen in dieser imposanten Aufzählung Frauen und Männer – existiert in dieser Hinsicht kein sozialer Konflikt mehr? Zumindest nicht, wenn man wie DER SPIEGEL in seiner Neujahrsausgabe 2009 (Nr. 2, 05.01.09) Ehefrau Michelle mit „Obamas bester Mann“ würdigt. Eine zweifelhafte Ehrerbietung, denn hier geschieht eine massive Abwertung von Frauen: Ihre Fähigkeiten und ihr Sachverstand müssen vernachlässigt werden, um als Kompetenz anerkannt zu sein. Die Nicht-Nennung von Geschlecht in der Rede Obamas passt genau in dieses Muster: Frauen sind formal gleichberechtigt, Geschlecht als Kategorie sozialer Ungleichheit hat abgedankt, auch wenn gleichzeitig herrschende Geschlechterstereotype mit weitreichenden Diskriminierungsfolgen wirksam bleiben.

Eine solche Konstellation ist nicht nur politisch und massenmedial *trendy*. Inzwischen gehört es auch zum guten Ton der Gender und Queer Studies, Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse nicht mehr auf die Kategorie Geschlecht zu reduzieren. Eindimensionale Modelle wie das Patriarchat haben zur Beschreibung und Erklärung von Ungleichheiten ausgedient. Geschlecht, Klasse und Rasse² gelten in der Geschlechter-, Ungleichheits-, und Migrationsforschung als zentrale Kategorien der Unterdrückung. Sexualität findet vor allem über die Queer Studies Berücksichtigung. Seit den 1990er Jahren interessieren allerdings zunehmend die Wechselwirkungen zwischen solchen Ungleichheitsgenerierenden Dimensionen. Dafür hat sich der Begriff Intersektionalität durchgesetzt: Statt die Wirkungen von zwei, drei oder mehr Unterdrückungen lediglich zu addieren (was schon schwer genug ist), betonen die ProtagonistInnen des Konzepts, dass die Kategorien in verbodener Weise auftreten und sich wechselseitig verstärken, abschwächen oder auch verändern können.

So ist das Konzept der Intersektionalität auf dem besten Weg, zu einem neuen Paradigma in den Gender und Queer Studies zu avancieren. Zwar sind in der Fassung, wie es seit einigen Jahren in die deutschsprachige Diskussion sickert, vor allem Wechselwirkungen zwischen den Ungleichheitsgenerierenden Kategorien Geschlecht, Klasse und Rasse

2 Im deutschsprachigen Kontext erscheint in der gender- und queertheoretischen Literatur der Begriff Rasse mit Rücksicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit zumeist in Anführungszeichen oder alternativ wird der englische Begriff *race* statt Rasse verwendet. Wir wollen mit diesem Begriff Prozesse der Rassisierung, also Prozesse der Rasse erst konstruierenden Ausgrenzung und Diskriminierung sowie ihre gewalttätige Naturalisierung und Hierarchisierung, deutlich machen. Deshalb verzichten wir hier bewusst auf die Anführungszeichen. Für andere Kontexte mag die Entscheidung für die passende Schreibweise durchaus abweichend ausfallen.

gemeint; Kategorien wie Sexualität, Alter, (Dis-)Ability, Religion oder Nationalität sind aber prinzipiell integrierbar. Ziel ist dabei die umfassende theoretische und vor allem empirische Analyse, welche Bedeutung verschiedene Differenzkategorien bei Phänomenen und Prozessen unterschiedlichster Art haben.

Zur Konkretisierung dieses bislang nur rudimentär ausgearbeiteten Theorieansatzes schlagen wir mit unserem Konzept der Intersektionalität als Mehrebenenanalyse Erweiterungen, Differenzierungen und Präzisierungen in verschiedenerlei Hinsicht vor. Dazu werden wir im zweiten Kapitel Ungleichheiten generierende Kategorien auf den Ebenen der Strukturen (Kap. 2.1), der symbolischen Repräsentationen (Kap. 2.2) sowie der Identitäten (Kap. 2.3) theoretisch begründen. Auf dieser Grundlage entwickeln wir im dritten Kapitel eine Methodologie, mit der sich unser Mehrebenenkonzept für die empirische Analyse nutzen lässt. Dabei verbinden wir die Ebenen (im Anschluss an Bourdieu) praxeologisch miteinander (Kap. 3.1), verdeutlichen unser Modell der Wechselwirkungen (Kap. 3.2) und schlagen auf dieser Grundlage methodologisch eingebettete konkrete Schritte für die empirische Umsetzung vor (Kap. 3.3). Wir konkretisieren dies anhand sozialer Praxen von Individuen im Kontext von Erwerbslosigkeit (Kap. 4), um daraufhin Gewinn und Perspektiven einer intersektionalen Argumentation für politisches Handeln zu skizzieren (Kap. 5). Zunächst aber rekonstruieren wir den Forschungsstand zu Intersektionalität entlang einiger historischer Schlaglichter (Kap. 1.1) sowie zweier zentraler Probleme der Intersektionalitätsforschung, nämlich der Frage nach den relevanten Kategorien (Kap. 1.2) und Ebenen (Kap. 1.3).

1.1 Was ist Intersektionalität?

Sucht man nach historischen Wurzeln der Intersektionalitätsdebatte, wendet es zunächst einmal die Erfahrungen Schwarzer Frauen, die sich im Feminismus westlicher Weißer Mittelschichtsfrauen nicht wieder fanden (Carby 1982; Collins 1993). Deren Rede von Unterdrückung qua Gender schlecht musste vor dem Hintergrund rassistischer Ausgrenzung in jenem Fall zu kurz greifen. Entsprechend kritisierten in den 1970er Jahren in den USA Schwarze Feministinnen das zu enge Verständnis von *global sisterhood* ihrer Weißen Kolleginnen: Das viel zitierte „Ain't I A Woman?“ aus dem Mund der Schwarzen SklavIn Sojourner Truth im 19. Jahrhundert (vgl. Brahm/Phoenix 2004: 75f.; Combahee River Collective 1982) benennt ein zentrales Element und Problem der Intersektionalitätsdebatte: Wer gehört aufgrund welcher Eigenschaften zu unterdrück-

ten sozialen Gruppen? Gesellen sich zum Frausein die Klassenzugehörigkeit und das Schwarzsein als *add-on* oder ist die Existenz verschiedener Unterdrückungsformen in anderer Weise, nämlich als Herrschaftsverhältnisse, zu fassen? Als Konsequenz führte die Verbundenheit zwischen verschiedenen Formen der Ungleichheit bereits in den 1970er Jahren zur Forderung nach einer erweiterten Analyse von zunächst einmal Rasse, Klasse und Geschlecht. Grundlegend war dabei die Einsicht, dass Frauen nicht nur qua Geschlecht unterdrückt werden, sondern auch als rassistisch markierte Andere sowie aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit. Die isolierte Analyse lediglich einer Ungleichheitsdimension – um die sich dann ebenso isolierte Disziplinen bildeten – erschien vor diesem Hintergrund nicht als vielversprechend, Ziel war vielmehr die Untersuchung der Verbundenheit von Ungleichheitsdimensionen. In den 1990er Jahren tauchte in der englischsprachigen Diskussion dafür der Begriff *intersectionality* (oder auch *intersectional analysis*) auf, den die amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw (1989) ins Spiel gebracht hatte. In ihrer Analyse von fünf Gerichtsfällen bezog sie sich dabei auf Diskriminierungspraxen von Firmen, in welchen die gleichzeitige Diskriminierung Schwarzer Frauen in Bezug auf Rasse wie auch Geschlecht wechselseitig ausgeblendet wurde „by limiting inquiry to the experiences of otherwise-privileged members of the group. In other words, in race discrimination cases, discrimination tends to be viewed in terms of sex- or class-privileged Blacks; in sex discrimination cases, the focus is on race- and class-privileged women.“ (Ebd.: 140)

Um die Verbundenheit solcher Ungleichheiten zunächst einmal zu illustrieren, verwandte Crenshaw (1989: 149) das Bild der Verkehrskreuzung, an der sich Machtwege kreuzen, überlagern und überschneiden:

„Consider an analogy to traffic in an intersection, coming and going in all four directions. Discrimination, like traffic through an intersection, may flow in one direction, and it may flow in another. If an accident happens in an intersection, it can be caused by cars traveling from any number of directions and, sometimes, from all of them. Similarly, if a Black woman is harmed because she is in the intersection, her injury could result from sex discrimination or race discrimination.“

Zu Beginn fokussierte das Konzept der Intersektionalität auf Schwarze Frauen, und seine Protagonistinnen diskutierte die Frage, ob es auch auf andere Ungleichheitskategorien ausgeweitet werden sollte oder nicht (Yuval-Davis 2006: 201-203). Diese Debatte, welche Differenzkategorien einbezogen werden sollten, hält an, von einem Konsens lässt sich dabei nicht sprechen (vgl. Kap. 1.2).

Ebenfalls ist umstritten, ob der Begriff Intersektionalität auch die angemessenen Assoziationen hervorruft. Fokussiert das Bild der Kreuzung zu sehr auf die je spezifische Zusammensetzung von Gruppen statt auf gesellschaftliche Verhältnisse (Soiland 2008)? Und legt es die Existenz getrennter Ungleichheitsdimensionen nahe, die sich an manchen Punkten treffen, überlagern, verstärken und damit additiv aufgeschichtet werden können? So gehen einige Überlegungen dahin, mit dem Begriff Interdependenz statt Intersektionalität die wechselseitigen und nicht – wie unterstellt – monodirektionalen Abhängigkeiten zu betonen. Dies zielt gegen die ursprüngliche Fassung Crenshaws, die – so die Kritik – mit dem Begriff Intersektionalität „sich auf bestimmte Sektionen oder Schnittmengen konzentriert“ und damit „tendenziell von isolierten Strängen ausgeht“ (Dietze/Hornscheidt/Palm/Walgenbach 2007: 9), statt Beziehungen von Ungleichheiten oder Marginalisierungen in den Vordergrund zu stellen. Der Begriff Gender als interdependente Kategorie dagegen solle nicht wechselseitige Interaktionen zwischen Kategorien, sondern soziale Kategorien selbst als interdependent fassen. Diese Lesart hat freilich einen Haken. Denn die Verlagerung von Wechselwirkungen und Interdependenzen in die Kategorie hinein verschiebt lediglich das Problem, Zusammenhänge adäquat zu denken, löst aber nicht das Problem der Benennung dessen, was als interdependent gedacht wird. Der Begriff Interdependenz verspricht aus diesem Grund keine weiterführenden Perspektiven für empirische Forschung, weshalb wir beim Begriff der Intersektionalität bleiben.

An diese Überlegungen schließen sich vielfältige Fragen und Weiterentwicklungen an. Bemerkenswert ist dabei, dass der Begriff Intersektionalität in seiner kurzen Karriere von gerade einmal zwei Jahrzehnten inzwischen zu einem *buzzword* (Davis 2008a) in der Geschlechterforschung avanciert ist, woran Kathy Davis die These knüpft, dem Konzept sei der gegenwärtige Erfolg vor allem wegen dessen Unklarheit und Vagheit beschieden. Denn unter diesem Dach fanden sich unterschiedliche und sich nicht eben freundlich gesonnene theoretische Strömungen der Geschlechterforschung in friedlicher Koexistenz wieder. Intersektionalität bediene nämlich grundlegende Anliegen der verschiedenen Strömungen, die Geschlecht als zentrale Kategorie angemessen berücksichtigen oder die neuen Schwung in festgefahrene Auseinandersetzungen zwischen politischem Anspruch und postmoderner Dekonstruktion bringen möchten. Gleichzeitig eröffneten intersektionale Konzepte ein Betätigungsfeld sowohl für anwendungsorientierte GeneralistInnen wie auch für theorieinteressierte SpezialistInnen. Und schließlich böten die Ambiguität und Unvollständigkeit intersektionaler Ansätze zahlreiche An-

schlüsse für Weiterentwicklungen, was für eine geschlossene und widerspruchsfreie Theorie gerade nicht gelte.

Dabei ließen sich die älteren US-amerikanischen und die seit den 1990ern zu beobachtenden europäischen Schwerpunktsetzungen der Diskussion unterscheiden (Davis 2008b): Während in den USA der starke politische Hintergrund mit der Forderung nach *empowerment* für diskriminierte Frauen dominierte, herrsche in Europa die Dezentrierung und Dekonstruktion von Geschlecht und anderen binären Oppositionen der Moderne vor – in den USA komme das eher als esoterisch und unkritisch an. Entsprechend verzichtet die US-Amerikanerin Leslie McCall (2005) nicht auf Kategorien, was sie auch politisch begründet: Identitätspolitik stelle oft eine wichtige Strategie des Widerstands dar – mehr als es die Dekonstruktion von Kategorien je sein könne. Weiteres europäisches Spezifikum: Während in den USA die Trias von *race*, *class*, *gender* unhinterfragt zentral sei, gibt es in Europa heftige Diskussionen zur Auswahl der Kategorien. So kann vor allem aufgrund der deutschen Geschichte *race* keine Basis für eine progressive Identitätspolitik werden. Zudem wird der Begriff *race* häufig durch Ethnizität ersetzt – damit sollen kulturelle Differenzen, unterschiedliche religiöse Überzeugungen oder herkunftsbedingte Traditionen besser beschreibbar sein.

Was also festzuhalten ist: Intersektionalität hat sich in seiner kurzen Geschichte zu einem Konzept entwickelt, das über ein Strömungen übergreifendes Potenzial verfügt und Perspektiven für konstruktive Weiterentwicklungen und Anwendungen bietet – sowohl in den USA als auch in Europa. Dies gilt theoretisch wie auch disziplinär: Nicht nur konstruktivistische, dekonstruktivistische oder strukturorientierte Verfahren knüpfen an dieses Konzept an, sondern auch so verschiedene Disziplinen wie Soziologie, Politikwissenschaften, Geschichte, Rechtswissenschaften, Philosophie, Literaturwissenschaften, Pädagogik oder Wirtschaftswissenschaften.

Im Folgenden gehen wir von einem Verständnis von Intersektionalität als Wechselwirkungen zwischen (und nicht als Addition von) Ungleichheitskategorien aus. Bezeichnet Intersektionalität die „kontextspezifischen Untersuchungen der Überschneidungen und des Zusammenwirkens verschiedener gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen und -praktiken“ (Räthzel 2004: 253), ist dies noch recht allgemein gehalten. Die britischen Sozialwissenschaftlerinnen Avtar Brah und Anne Phoenix beschreiben Intersektionalität ebenfalls breit als „the complex, irreducible, varied, and variable effects which ensue when multiple axes of differentiation – economic, political, cultural, psychic, subjective and experiential – intersect in historically specific contexts“ (Brah/Phoenix 2004: 76). Diese Definitionen sind nicht falsch, sie adressieren die Mög-

lichkeit einer empirischen Verwendbarkeit aber nur unzureichend. Solchen Intersektionalitätsansätze allerdings – so unser Anspruch – ein handhabbares Werkzeug für die empirische Forschung zur Verfügung stellen, dann ist dafür eine methodologische Begründung erforderlich. Genau darum geht es in diesem Buch: Wir wollen zeigen, wie die Verwobenheit von Ungleichheitskategorien auf verschiedenen Ebenen theoretisch zu fassen und im empirischen Forschungsprozess zu analysieren ist. Wir begreifen Intersektionalität als kontextspezifische, gegenstandsbezogene und an sozialen Praxen ansetzende Wechselwirkungen ungleichheitsge- nerierender sozialer Strukturen (d.h. von Herrschaftsverhältnissen), symbolischer Repräsentationen und Identitätskonstruktionen. Um diesen Mehrebenenansatz in Kapitel 2 entwickeln zu können, diskutieren wir zunächst die vorliegenden Vorschläge zur Auswahl der relevanten Kategorien und ihrer Verbindung (Kap. 1.2), dann setzen wir uns mit dem Problem der adäquaten Ebenen und ihrer Verbindung (Kap. 1.3) auseinander.

1.2 Welche Kategorien wie verbinden?

Die Berücksichtigung mehrerer Kategorien gehört inzwischen zum *common sense* in der Diskussion. Aber wie viele und welche Kategorien sollen sinnvollerweise Berücksichtigung finden? Zu Beginn der Intersektionalitätsdebatte in den 1990er Jahren war diese Fragestellung nicht dringlich, da damals soziale Ungleichheiten im wissenschaftlichen Diskurs in den Hintergrund gerieten – zugunsten vielfältiger Differenzen (Knapp 2005: 69-71; Lutz 2001: 222; Michaels 2006): Vielfalt, Diversität, *Othering* und Multikulti waren plötzlich *trendy*; im Zuge eines *cultural turn* (Barrett 1992) haftete einer mit wenigen Kategorien operierenden Sozialstrukturanalyse etwas Stares und Ewiggestriges an. Mit dem wieder zunehmenden Interesse an sozialstrukturellen Untersuchungen auch innerhalb der Debatte zu Intersektionalität stellt sich das Problem der Auswahl relevanter Ungleichheitskategorien wieder neu. Sind es die drei Kategorien Geschlecht, Klasse, Rasse, wie es die klassische zu nennende Debatte nahelegt (vgl. Anthias 2001; Klinger 2003, 2008; Knapp 2005; McCall 2001, 2005)? Dafür spricht beispielsweise, dass mehr als drei Kategorien zumindest auf der Ebene sozialstruktureller Analysen kaum zu bewältigen sind. Allerdings fehlt eine schlüssige theoretische Begründung, warum gerade Rasse, Klasse und Geschlecht die zentralen Linien der Differenz markieren sollen. Das gilt umso mehr, als der US-amerikanische Zusammenhang, aus dem dieses Konzept stammt, aufgrund seiner historischen Besonderheit keineswegs auf west-

europäische und/oder deutsche Verhältnisse umstandslos zu übertragen ist (vgl. Davis 2008b; Dietze 2001; Rommelspacher 1999). So plädieren andere WissenschaftlerInnen für die Berücksichtigung von zumindest vier Kategorien, weil etwa Sexualität – auch wenn mitunter schwer sichtbar und messbar – in der Analyse nicht fehlen dürfte (Verloo 2006; Weber 2001). Was ist dann aber beispielsweise mit Alter, Religion, Attraktivität? Vielleicht sind es auch 13 Linien der Differenz³, wie es Helma Lutz und Norbert Wenning (2001) zur Analyse von Interaktionen in Kleingruppen nahelegen? Oder ist eine systemtheoretische Perspektive funktionaler Differenzierung plausibler, die eine Fokussierung auf Ungleichheitsstrukturen ablehnt und stattdessen von mindestens zwölf ausdifferenzierten Funktionssystemen⁴ ausgeht (Weinbach 2008: 176)? Wann also sind welche Kategorien in welcher Form bedeutsam?

Bereitet die prinzipielle Unabgeschlossenheit möglicher Differenzkategorien enorme Probleme (Butler 1991: 210), macht dieser Disput zumindest eines klar: Die Entscheidung für diese oder jene Kategorien der Ungleichheit hängt vom untersuchten Gegenstand und von der gewählten Untersuchungsebene ab. So stellt sich für eine Sozialstrukturanalyse die Frage nach der Auswahl zu berücksichtigender Kategorien anders als für die Rekonstruktion von Identitätsbildungsprozessen oder für die Untersuchung symbolischer Repräsentationen. An das Problem der Auswahl der richtigen Kategorien knüpft sich die Frage, wie der Zusammenhang von Ungleichheiten mehr als nur additiv zu verstehen sein soll. Zunächst hat es ja den Anschein, als reiche eine Kategorie wie Geschlecht nicht aus, um Diskriminierungen und Herrschaftsverhältnisse ausreichend zu beschreiben und zu erklären. Ergänzend ließen sich dann Klasse oder eben Rasse hinzufügen. Dies liefe dann auf das Modell einer „triple-oppression“ (Yuval-Davis 2006: 195) oder „Mehrfachunterdrückungsthese“ (Lutz 2001: 217f.) hinaus. Dieses Vorgehen ist schon bei zwei Kategorien wie Geschlecht und Klasse schwierig genug, was an der abgeebbten Diskussion zum Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat nachzuvollziehen ist (Pollert 1996, vgl. Kap. 2.1.1). Eine gesellschaftstheoretische Einbettung von mehreren „Achsen der Ungleich-

3 Lutz/Wenning (2001: 20) benennen folgende 13 bipolare, hierarchische Differenzlinien: Geschlecht, Sexualität, „Rasse“/Hautfarbe, Ethnizität, Nation/Staat, Klasse, Kultur, Gesundheit, Alter, Sesshaftigkeit/Herkunft, Besitz, Nord-Süd/Ost-West, gesellschaftlicher Entwicklungsstand.

4 Diese sind – in historisch geordneter Reihenfolge der Entstehung – Recht und Religion, Politik und Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft und Intimitätsbeziehungen, Erziehungs- und Gesundheitssystem, Sport, Tourismus und Massenmedien. Alle diese Kategorien sind nicht per se mit Ungleichheit verbunden – systemtheoretisch ist das eine sowohl empirisch offene wie auch nachgeordnete Frage.

heit“ beziehungsweise „Achsen der Differenz“ (Klinger/Knapp 2005) steht also noch aus, das haben GeschlechterforscherInnen unterschiedlichster Couleur inzwischen unisono als ein zentrales theoretisches Defizit erkannt und benannt.

Ähnlich wie in den USA war auch die frühe deutschsprachige Frauenerforschung nie eine homogene Einheit und diskutierte in den 1980er und 1990er Jahren Unterschiede zwischen Frauen. So haben Debatten um ‚neue Weiblichkeit‘, ‚neue Mütterlichkeit‘, Subjektivismus und Innerlichkeit, Spiritualismus und lesbischen Separatismus sowie damit verbundene Ausschlüsse und Machtkämpfe unter Frauen auch im deutschsprachigen Feminismus eine Rolle gespielt (Becker-Schmidt/Knapp 2000: 103f.; Selders 2003: 85). Ebenso erschütterten Frigg Haugs (1981) Aufsatz zur Opfer-Täter-Debatte sowie vor allem Christina Thürmer-Rohrs (1983) Arbeit zur Mütterlichkeit von Frauen die Sicht auf Frauen als Opfer nachhaltig. Denn auch Frauen kollaborieren mit dem Patriarchat, auch Frauen wissen sich patriarchale Herrschaftsverhältnisse zunutze zu machen, es gibt mehr und weniger privilegierte Frauen. Die Situation zeichnet sich allerdings durch einige Faktoren als verschieden von den USA aus (Lutz 2001: 222-225): Fehlende staatsbürgerliche Integration von Migrantinnen und deren Unterrepräsentanz in feministischen Bewegungen, Widerstand gegen die Übertragung US-amerikanischer Auffassungen von Rassismus auf Deutschland, dann auch Debatten über Nationalsozialismus und den dahinter verdrängten Kolonialismus erschweren den Anschluss an postkoloniale Theorien und den US-amerikanischen Diskussionsstand.

Dennoch ähnelt das Zwischenfazit der US-amerikanischen Diskussion: Viele sozialwissenschaftliche Theorien und Analysen rund um Rasse, Klasse, Sexualität und Geschlecht sind reduktionistisch angelegt. Das betrifft nicht nur die Gender und Queer Studies, sondern auch Geschlechtstheorie, Migrations- und Ungleichheitsforschung. Die wissenschaftlichen Debatten verharren weitgehend in Absichtserklärungen. „Beides, die Definition der Eigentümlichkeit bzw. Eigenständigkeit der jeweiligen Verhältnisse von Race/Ethnicity, Class, Gender und die Bestimmung ihres Zusammenhangs muss zugleich erfolgen.“ (Knapp 2006: 12) Diese Aufgabe stellt nach Knapp (ebd.) methodologisch und gesellschaftstheoretisch ein Novum dar (vgl. auch Klinger/Knapp 2005; Soiland 2008). Ferner verweist die Geschlechterforschung (gleiches gilt für die Gesellschaftstheorie und Ungleichheitssoziologie und andere Bindestrickssoziologien) auf die Kontextabhängigkeit intersektionaler Analysen, ohne allerdings auch dabei über allgemeine Forderungen hinauszukommen. So scheint sich ein Konsensus über eine „both/and-strategy“, wie es Patricia Hill Collins nennt, herauszukristallisieren: „We

cannot study gender in isolation from other inequalities, nor can we only study inequalities' intersection and ignore the historical and contextual specificity that distinguishes the mechanisms that produce inequality by different categorical divisions, whether gender, race, ethnicity, nationality, sexuality, or class." (Risman 2004: 443)

Als Status quo ist damit bislang dreierlei festzuhalten: erstens gibt es verschiedene Ungleichheitskategorien, zweitens sind sie kontextspezifisch verschieden wirksam und drittens schlägt sich in diesen Beobachtungen ein Denken nieder, das über reduktionistische Ungleichheitsbeschreibungen hinauszukommen versucht.

1.3 Welche Ebenen wie verbinden?

Nicht nur der Auswahl der relevanten Kategorien haftet etwas Beliebigen an. Völlig offen ist darüber hinaus, wie die Überschneidung dieser Kategorien zu denken ist. Dass dieses Problem bislang nicht gelöst ist, liegt nicht nur am Zuschnitt, der Bedeutung und dem Geltungsraum der jeweiligen Kategorien. Mindestens ebenso wichtig und unterbelichtet erscheint uns die Unterscheidung verschiedener Untersuchungsebenen. Darüber besteht noch weniger Einigkeit als hinsichtlich der Kategorien. Das liegt daran, dass bislang noch kaum jemand die Bedeutung und die Reichweite des eigenen Ansatzes zu anderen Zugängen in Beziehung setzt und reflektiert sowie andere Untersuchungsebenen berücksichtigt – nicht zuletzt aufgrund disziplinärer Gebundenheiten, Kompetenzen und Identifikationen.⁵

Genau auf solche Verbindungen aber kommt es an, und deshalb schlagen wir in Anschluss an wissenschaftstheoretische Überlegungen von Sandra Harding (1991: 53-58) einen Mehrebenenansatz auf der Grundlage folgender Unterscheidungen vor: Wir berücksichtigen sowohl gesellschaftliche Sozialstrukturen inklusive Organisationen und Institutionen (Makro- und Mesoebene) sowie Prozesse der Identitätsbildung (Mikroebene) als auch kulturelle Symbole (Repräsentationsebene).⁶ Diese drei Ebenen sind keineswegs neu. Vielmehr sind die theoretischen Erkenntnisse der Frauenforschung über die Geschlechterforschung bis hin zu den Queer Studies in den letzten 40 Jahren dort zu verorten, aller-

5 So werden sich LiteraturwissenschaftlerInnen kaum für quantitativ orientierte Sozialstrukturanalyse erwärmen können, wie umgekehrt die Bereitschaft sozialwissenschaftlicher EmpirikerInnen begrenzt ist, auf textkritische Diskursanalysen zu fokussieren.

6 Vgl. dazu soziologisch Jackson/Scott (2002: 1); Lengermann/Niebrugge (1996: 336f.); als Überblick Degele (2008: 57-118)

dings meist nur auf jeweils einer Ebene. Wir stellen im Folgenden zunächst die drei Ebenen vor und ordnen diese dann vorliegenden intersektionalen Ansätzen zu.

Auf der *Makro- und Mesoebene von Sozialstrukturen* wird Geschlecht als Strukturkategorie begriffen. Es stellt sich dort die Frage, welche Sozialstrukturen die zu untersuchenden Phänomene und das damit verbundene Handeln einrahmen. So konstatiert die sich in den 1970er und 1980er Jahren konstituierende Frauenforschung gravierende gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen etwa auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie. Solche sozialstrukturellen Ungleichheiten in Bezug auf Bezahlung, Zugangschancen und Anerkennung haben Methode, sie sind in gesellschaftliche Organisationen strukturell eingeschrieben. Gemeint sind damit all jene institutionellen Regulative, in denen die Verteilung und Organisation der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums erfolgt sowie auch langlebige und veränderungsresistente Entscheidungsstrukturen verankert sind (vgl. López/Scott 2000: 1-42). Eine Konkretisierung dafür liefert das Konzept der doppelten Vergesellschaftung von Regina Becker-Schmidt (1987): Während Männer primär für die bezahlte Lohnarbeit zuständig sind (einfache Vergesellschaftung), obliegt Frauen meist zusätzlich zu einer teils zeitlich reduzierten Erwerbsarbeit die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit (doppelte Vergesellschaftung). Damit ist die Voraussetzung geschaffen, Geschlecht als Strukturkategorie zu begreifen, d.h. als Ursache sozialer Ungleichheit, die sich nicht auf andere Ursachen reduzieren lässt. Eine solche Ungleichheit ist eine Struktur, die mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Bereiche (insbesondere Erwerbssystem und Staat, politische Öffentlichkeit und Kultur, Ehe und Familie) und alle sozialen Verhältnisse (beispielsweise den Staatsbürgerstatus, die Erwerbsposition, die privaten Beziehungen der Geschlechter) prägt (Gottschall 2000: 13). Anders gesagt: Geschlecht „erklärt als soziale Strukturkategorie Machtstrukturen auf der Ebene von Geschlechterbeziehungen und ihnen innewohnende Kräfteverhältnisse, die Unterdrückungs- und Ausgrenzungsphänomene sowie Benachteiligungen von Frauen beinhalten“ (Bublitz 1992: 67). Entsprechend zielt die Analyse von Geschlechterverhältnissen „auf die Art und Weise, in der das Verhältnis der Geschlechter als soziale[n] Gruppen in die Reproduktion der Gesamtgesellschaft eingelassen ist“ (Gottschall 2000: 25).

Von der anderen Seite kommend, also nicht von der Existenz von Ungleichheitsstrukturen, sondern vom Prozess des Entstehens von Ungleichheiten, beschreiben Candace West und Sarah Fenstermaker (1995), wie AkteurInnen ungleichheitsrelevante Kategorien in Interaktionen erst hervorbringen. Damit sind wir auf der *Mikroebene sozial*

konstruierter Identitäten: Im Fokus stehen erstens Prozesse des Klassifizierens (und nicht ihre Ergebnisse) und zweitens Interaktionen auf der Mikroebene (und keine gesellschaftlichen Strukturen auf der Makroebene). Dabei ist Geschlecht neben u.a. Rasse, Nation, Religion, Beruf eine Kategorie, über die sich Menschen definieren, an der sie ihre Identität, verstanden als Verhältnis zu sich selbst, festmachen. Im Vergleich zu Religion oder auch Beruf zeichnet sich Geschlecht als Identitätskategorie dadurch aus, dass es wie Rasse als naturgegeben erscheint. Identität ist aber nichts Gegebenes, sondern etwas sozial Gemachtes. Darauf verweisen vor allem seit den späteren 1980ern Arbeiten aus der Geschlechterforschung, die sich mit dem alltäglichen Prozess des Herstellens von Geschlecht auf der Mikroebene auseinandersetzen. Im Gegensatz zur strukturorientierten Gesellschaftskritik geht es dabei weniger um die Analyse von Herrschaftsverhältnissen, sondern sehr viel mehr um die konkreten Prozesse, wie Geschlechter (und damit Identitäten und der gesellschaftliche Tatbestand der Zweigeschlechtlichkeit) gemacht werden – was auch sprachlich geschehen kann. Das kommt im Konzept des *doing gender* (West/Zimmerman 1987) zum Ausdruck: Geschlecht ist das Ergebnis sozialen Handelns, eine interaktive Leistung der beteiligten AkteurInnen, ein routinisiertes Tun, das ProtagonistInnen wie auch RezipientInnen täglich aufs Neue erbringen müssen (vgl. Hirschauer 1994). Geschlecht als *doing gender* ist damit ein zirkulärer Prozess zwischen DarstellerIn und BetrachterIn: Wenn Frauen Stöckelschuhe, Röcke oder Kopftücher tragen, werden sie zu ‚weiblichen‘ Objekten, woraufhin die Personen, die sich in dieser Weise kleiden, zu Frauen gemacht werden (Villa 2000: 76). Im Vordergrund der Betrachtung stehen Prozesse der Differenzierung in genau zwei Geschlechter, nicht aber die konkrete inhaltliche Bestimmung der Geschlechterdifferenz selbst. In dieser Perspektive der Konstruktion von Geschlechtern und Identitäten interessiert weniger das ‚was‘ (das ist bekannt: zwei verschiedene Geschlechter, gesellschaftlich ungleiche Strukturen in Politik, Ökonomie, Wissenschaft, Kultur, Alltag und wo auch immer) und noch weniger das ‚warum‘ (etwa der Entstehung von Zweigeschlechtlichkeit und der gesellschaftlichen Bevorzugung von Heterosexualität). Vielmehr geht es um das ‚wie‘: Wie stellen AkteurInnen Geschlecht (und entsprechend auch andere Identitäten wie Rasse, Sexualität, Alter etc.) her?

Auf der *Ebene symbolischer Repräsentationen* stellt sich schließlich die Frage, wie untersuchte Phänomene und Prozesse mit Normen und Ideologien verbunden sind. Gesellschaften sind durch gemeinsame Werte, kulturelle Ordnungen und Überzeugungen sinnhaft integriert. Soziale Repräsentationen als „Träger solcher sinnstiftender Strukturen“ (Schütze 2007: 451) stellen Integrationsleistungen bereit. Gemeint sind

damit „Bilder, Ideen, Gedanken, Vorstellungen oder Wissensselemente, welche Mitglieder in einer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft kollektiv teilen“ (ebd.). Dazu gehört etwa das Alltagswissen zu Geschlecht und Sexualität, die als natürliche Tatsachen erscheinen. In der Geschlechterforschung ist dieser Ansatz untrennbar mit dem Namen Judith Butler verbunden, vor allem mit ihrem 1991 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“: Geschlecht ist keine „vordiskursive anatomische Gegebenheit“ (Butler 1991: 26), sondern eine diskursiv erzeugte Materialisierung, die es zu entnaturalisieren, genauer: zu dekonstruieren gilt (ebd.: 218). Butler zufolge ist auch der anatomische Geschlechtsunterschied sozial konstruiert, Zweigeschlechtlichkeit ist ein Produkt von Normierungen und Wahrnehmungformen und stellt eine symbolische Ordnung dar. Nicht *sex liege gender* zugrunde, sondern weil heterosexuelles Begehren (*desire*) als natürliche und ursprüngliche Form der Sexualität erscheint, weil das Gefühl von Frausein etwas mit Gebärfähigkeit und kulturell definierten Geschlechtsmerkmalen zu tun hat, weil ‚männliche‘ Identität an den Besitz eines Penis gebunden ist, kurz: weil unsere Denk- und Wahrnehmungskategorien zweigeschlechtlich funktionieren, nehmen wir auch physiologisch genau zwei Geschlechter wahr. Anders gesagt: Butler dreht die Kausalität um: *Gender* als kulturelle Form der Erfahrung von und des Wissens über Geschlecht liegt dem Faktum *sex* als Gemachtes zugrunde. Damit sind auch Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität keine Naturtatsachen, sondern performative Effekte von Wiederholungen: Wer von der ersten Sekunde des eigenen Lebens zu hören bekommt, sie sei ein Mädchen, glaubt es auch und verhält sich irgendwann entsprechend. Diese Wiederholungen finden in einem eng definierten diskursiven Rahmen statt und produzieren genau damit den Anschein von Natürlichkeit. Dahinter steht eine deutlich formulierte Kritik an der (humanistischen) Unterscheidung von Subjekt und Handlung, wonach das Subjekt die Ursache von Handlung sei. Im Gegenteil – so Butler – wird das Subjekt erst über sprachliche Handlung (Anrufung) konstruiert, es ist ein Effekt von Handlungen. Anders ausgedrückt: Geschlechter sind Ergebnisse symbolischer Repräsentationen. Das wiederum heißt, dass ein bestimmtes Wissen darüber, was Männer und Frauen sind (gleichgültig, ob sich dieses Wissen im konkreten Fall als zutreffend erweist oder nicht), den Rahmen dafür schafft, welche Formen von Identität existieren können und dürfen.

Viele theoretische Ansätze und empirischen Untersuchungen konzipieren nun die drei Ebenen der Strukturen, Identitäten und Repräsentationen als sich wechselseitig ausschließend und bearbeiten nur eine Ebene. Ähnlich verhält es sich auch mit derzeitigen Intersektionalitätsansätzen.

zen, die sich meistens auf eine, maximal auf zwei Untersuchungsebenen konzentrieren. Entsprechend stellen wir zunächst einige intersektionale Ansätze vor, die jeweils auf eine Ebene begrenzt bleiben, danach behandeln wir Versuche, zumindest zwei Ebenen miteinander zu verbinden.

Gudrun-Axeli Knapp (2005) und Leslie McCall (2001, 2005) plädieren dafür, das Problem der Intersektionalität auf der strukturellen Makroebene zu präzisieren. Knapp (2005: 75) fragt danach, wie „Geschlechterverhältnisse/heteronormative Sexualität, Klassenverhältnisse und Konfigurationen von Ethnizität und race/racism in der Sozialstruktur und in der institutionellen Verfasstheit einer gegebenen Ökonomie und Gesellschaft, im nationalen wie im transnationalen Kontext verbunden“ sind. Die Begründung für diesen strukturtheoretischen Blick gibt Cornelia Klinger: „Es ist sinnlos, auf die sich überlagernden oder durchkreuzenden Aspekte von Klasse, Rasse und Geschlecht in den individuellen Erfahrungswelten hinzuweisen, ohne angeben zu können, wie und wodurch Klasse, Rasse und Geschlecht als gesellschaftliche Kategorien konstituiert sind.“ (Klinger 2003: 25) Knapp und Klinger fordern mit anderen Worten ein konsequent gesellschaftstheoretisch angelegtes Vorgehen. Entsprechend kritisieren sie dann auch die Konzentration intersektionaler Studien auf die Identitätsebene.

Dieser Vorwurf trifft etwa die aus dem *doing gender*-Paradigma hervorgegangenen Ansätze zu *doing difference* (West/Fenstermaker 1995, Fenstermaker/West 2001). Diese lassen die Strukturebene weitgehend außer Acht. Denn sie konzentrieren sich explizit auf Interaktionen auf der Mikroebene, wo es um die Erfahrungen von Subjekten und damit verbundene Identitätskonstruktionen geht. Sarah Fenstermaker und Candace West versuchen, die Verknüpfung von Klasse, Geschlecht und Ethnie konsequent aus einer ethnomethodologischen Perspektive zu beschreiben: „Geschlechts-, Klassen- und ethnische Unterschiede werden in Interaktionsprozessen simultan erzeugt und resultieren in westlichen Gesellschaften in vielfältigen Formen sozialer Ungleichheit, Unterdrückung und Herrschaftsverhältnissen.“ (Fenstermaker/West 2001: 236)

Poststrukturalistische und diskurstheoretische Ansätze dagegen bewegen sich auf einer dritten Ebene, nämlich der symbolischer Repräsentationen. Sie kritisieren die Eingrenzung auf einzelne Differenzkategorien und bezweifeln, ob es überhaupt möglich ist, mit bestimmbareren (Identitäts-)Kategorien zu arbeiten. So fordert Judith Butler (1990) dazu auf, aus dem Ende aller Aufzählungen mit dem üblichen ‚etc.‘ zu lernen:

„Theories of feminist identity that elaborate predicates of colour, sexuality, ethnicity, class and able-bodiedness invariably close with an embarrassed ‚etc.‘ at the end of the list. Through this horizontal trajectory of adjectives,

these positions strive to encompass a situated subject, but invariably fail to be complete. This failure, however, is instructive: what political impetus is to be derived from such exasperated ‚etc.‘ that so often occurs at the end of such lines?“ (Ebd.: 143)

Betrachtet man diese Ansätze für sich alleine, berücksichtigen sie zwar zentrale Punkte und Anforderungen einer intersektionalen Analyse, lassen aber eine Verbindung der drei Ebenen vermissen. Das verwundert nicht. Denn mit der Wahl einer bestimmten Untersuchungsebene gehen meist auch disziplinäre Gebundenheiten und entsprechende methodische Kompetenzen einher. Dennoch gibt es einige durchaus erfolgreiche Versuche, zumindest zwei Ebenen miteinander zu verbinden. So sind in der Soziologie sozialtheoretische Ansätze populär geworden, die zwischen *structure* und *agency*, zwischen Struktur- und Identitätsebene zu vermitteln versuchen. Pierre Bourdieus Habitus Theorie (1976) und Anthony Giddens' Theorie der Strukturierung (1995) sind dafür sicherlich die populärsten Beispiele: Bourdieu verbindet mit seinem Konzept des Habitus⁷ vermeintlich individuelle Denk-, Wahrnehmungs-, Erfahrungs-, Erlebnis- und Handlungsweisen mit gesellschaftlichen Milieus, Lagen und Strukturen, in die Menschen eingebunden sind. Giddens betrachtet in seiner Strukturierungstheorie *structure* und *agency* als rekursiv ineinander verwoben, die sich wechselseitig hervorbringen und erhalten. Damit will er nicht nur den Dualismus von Handlung und Struktur überwinden, sondern auch den von Mikro- und Makrotheorie. Einen intersektionalen Anspruch im Sinn der Analyse von Wechselwirkungen zwischen Ungleichheitskategorien haben diese Ansätze allerdings nicht. Vor allem bei Bourdieu jedoch findet die Kategorie Geschlecht explizit Berücksichtigung, bei Giddens zumindest in Ansätzen.

Auch bei intersektionalen Ansätzen fehlen weitgehend Konzepte, wie die drei genannten Ebenen – Strukturen, symbolische Repräsentationen und Identitätskonstruktionen – miteinander in Beziehung zu setzen sind. Entsprechend geschieht das bislang auch kaum. So vernachlässigen Butler (1990) und Bredström (2006) in ihren Forderungen nach einem intersektionalen Vorgehen die Ebene sozialer Strukturen und auch interaktiver Handlungen, die nicht in Sprache aufgehen. Bei den sozialstrukturellen Ansätzen von Leslie McCall (2005), Sylvia Walby (2007) und Joan Acker (2006) dagegen finden Normen und Ideologien nur unzureichend Berücksichtigung. Und Barbara Risman (2004) plädiert zwar

7 Habitus sieht Bourdieu „als Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen, die objektiv ‚geregelt‘ und ‚regelmäßig‘ sein können, ohne im geringsten das Resultat einer gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein“ (Bourdieu 1976: 164f.).

vehement für die Integration dreier Ebenen. Neben Identität und Struktur finden allerdings individuelle Geschlechterunterschiede, die aufgrund ihrer individualistischen Verengung nun gerade keinen weiterführenden Erkenntnisgewinn versprechen, Eingang in die Typologie. Die Ebene der symbolischen Repräsentation dagegen fehlt.

Zumindest unternimmt Lynn Weber (2001) aus einer genuin geschlechtertheoretischen Perspektive den Versuch, über die Kategorien Rasse, Klasse, Geschlecht und Sexualität Systeme der Unterdrückung auf der Mikro- und Makroebene sowie im Hinblick auf die Dimensionen Ideologie, Politik und Ökonomie zu spezifizieren. Darüber hinaus berücksichtigt sie historische und geografische Kontextualisierungen. Hilfreich sind dabei der ausformulierte empirische Bezug sowie die detaillierten Tipps für konkrete Umsetzungen. Dennoch sind die vier Ungleichheitskategorien theoretisch unzureichend kontextualisiert. Beispielsweise benennt Weber mit Klasse – wie so häufig – die Position in der Ökonomie, dabei sind doch gerade auch Geschlecht und Rasse maßgebliche Differenzierungen zur Bestimmung von ökonomischen Ressourcen. Weiter suggeriert Weber mit der von ihr nicht infragegestellten Unterscheidung von *sex* und *gender* neben der Rede von sozialer Konstruiertheit als zentrale Komponente eines konzeptuellen Rahmens (*gender*) doch wieder nicht-explicitierte vorsoziale Essenzen durch biologische und anatomische Charakteristika (*sex*) (ebd.: 19, 93-105).

So gilt auch hier ein ähnliches Fazit wie nach der Diskussion zur Auswahl und Anzahl relevanter Ungleichheitskategorien: Je nach Untersuchungsebene sind unterschiedliche Kategorien relevant, und erschwerend müssen wir dabei auch Wechselwirkungen zwischen solchen Ungleichheitskategorien über unterschiedliche Ebenen hinweg berücksichtigen. So stellt Linda McDowell (2008) fast schon verzweifelt die Frage, ob und wie überhaupt über Fallstudien hinauszu kommen und zur Ableitung theoretischer Schlüsse zu kommen sei. Sie plädiert für Techniken des Vergleichs von Einzelfällen wie auch von sozialen Gruppen, ebenso zieht sie eine Kombination quantitativer Analysen von Strukturmustern mit qualitativen Explorationen von Prozessen in Erwägung. Aber auch mit der daran geknüpften Forderung nach „theoretical promiscuity“ (ebd.: 504) bleibt sie in Absichtserklärungen stecken: „Methodologically, I think we have to work harder to acquire and use multiple approaches.“ (Ebd.)

2 THEORIE: INTERSEKTIONALE UNGLEICHHEITSANALYSE

Eine intersektionale Analyse sollte keine theoretischen und methodologischen Verkürzungen mitführen. Deshalb soll der hier vorgeschlagene Mehrebenenansatz sowohl Wechselwirkungen von Differenzierungskategorien auf einer Ebene als auch über alle drei Ebenen hinweg analysieren können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und vor allem die Verbundenheit von Kategorien auf den drei Ebenen konkretisieren zu können, bedarf es einer theoretischen Klammer. Wir gehen in unseren Überlegungen von einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft mit der grundlegenden Dynamik ökonomischer Profitmaximierung aus. Die kapitalistische Akkumulationslogik hält – trotz aller empirisch zu beobachtenden Widersprüche bis hin zu massiven Krisen – noch immer eine sich selbst reproduzierende und perpetuierende Struktur aufrecht. Dies hat für eine intersektionale Analyse Auswirkungen auf allen drei von uns benannten Ebenen:

- *Reproduktion der Arbeitskraft (Struktur):* Voraussetzung für die Aufrechterhaltung kapitalistisch strukturierter Gesellschaften ist neben der Sicherung der sozio-ökonomischen Produktionsverhältnisse und der Wiederherstellung der Produktionsmittel auch die Reproduktion der Arbeitskräfte (vgl. Althusser 1977: 110). Dies soll möglichst kostengünstig erfolgen, zumal Institutionen wie die Welthandelsorganisation oder der Internationale Währungsfond Handelsbarrieren weitgehend abbauen, damit einen ungehinderten Zugang von Waren und Kapital zu den weltweiten Märkten erzwingen und der Druck auf die Realisierung hoher Profite steigt. Eine solchermaßen „radikalisierte kapitalistische Marktkonomie“ (Kreisky 2001: 38)

erfordert den kurzfristigen Zugriff auf geeignete, passend qualifizierte und flexible Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen, ohne dass für deren Reproduktion und Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. Dies gelingt durch einen flexibilisierten Zugang zum Arbeitsmarkt, durch Lohndifferenzierungen und durch kostengünstige Reproduktionsarbeit. Letzteres erfolgt vor allem über die Auslagerung unbezahlter Reproduktionsarbeit an Frauen in Familien – möglichst zusätzlich zur ihrer Erwerbsarbeit – und damit über die Differenzierungskategorie Geschlecht (vgl. Winker 2007, 2008). Aber auch die Kategorien Klasse, Rasse und Körper – darauf gehen wir noch ein – differenzieren und regeln den Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt, die ungleiche Verteilung von Löhnen und Gehältern sowie die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Entlang der vier Strukturkategorien lässt sich also gesellschaftlich notwendige Arbeit sowohl in der Produktions- als auch der Reproduktions-sphäre ungleich zuordnen.

- *Symbolische Reproduktion der sozio-ökonomischen Verhältnisse (Repräsentationen)*: Das kapitalistische Grundprinzip stellt insofern ein „absurdes System“ dar (Boltanski/Chiapello 2003: 42), als die ArbeitnehmerInnen die Eigentums- und Verfügungsrechte an den Produkten ihrer Arbeit an KapitalistInnen und ManagerInnen verlieren. Gegen den Vorwurf der Ungerechtigkeit bedarf es deshalb einer ideologischen Rechtfertigung (ebd.: 54), denn warum sollten Erwerbstätige trotz geringen individuellen Nutzens und nur minimaler Sicherheit bis zum Umfallen arbeiten? Somit erhalten Normen, Ideologien und Repräsentationen den Status hegemonial abgesicherter Begründungen, und diese wiederum beruhen auf naturalisierenden und/oder hierarchisierenden Bewertungen auf der Grundlage vielfältiger Differenzkategorien. Solche Repräsentationen wie auch Strategien ihrer Rechtfertigung gilt es zu identifizieren, auf der Mikroebene an Identitäten und der Makroebene an Strukturen zu binden und in ihrer Verbundenheit sichtbar zu machen.
- *Verunsicherung der sozialen AkteurInnen (Identitäten)*: Die Reproduktion der Arbeitskräfte ist für die kapitalistische Akkumulation überlebenswichtig; gleichzeitig sichert letztere die Lebensgrundlage aller Einzelnen. In einer kapitalistischen Gesellschaft geschieht dies primär durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft oder aber durch familiäre oder sozialstaatliche Transferzahlungen (vgl. Dobner 2007: 33f.). Alle drei Wege der eigenen Lebensabsicherung sind mit vielfältigen Unsicherheiten verbunden. Hohe Erwerbslosenquoten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Lohnkürzungen und die Reduktion wohlfahrtsstaatlicher Ausgleichszahlungen führen für viele

zu erhöhter Verunsicherung – die mitunter auch neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen kann. Um Verunsicherungen zu bewältigen, grenzen sich Individuen von Anderen ab und schaffen Zugehörigkeiten (Wohlrab-Sahr 1992). Das schlägt sich in „Verortungsarbeit“ nieder, die wir auf der Identitätsebene empirisch rekonstruieren können.

Verbunden sind die drei Ebenen allerdings nicht nur durch den kontextuellen Rahmen der kapitalistischen Akkumulation, sondern auch durch soziale Praxen aller Einzelnen, auf die wir im Anschluss an den praxeologischen Ansatz von Pierre Bourdieu in Kapitel 3.1 eingehen. Über soziale Praxen, d.h. soziales Handeln und Sprechen, entwerfen sich Subjekte durch Identitätskonstruktionen in sozialen Kontexten selbst, verstärken oder vermindern den Einfluss bestimmter symbolischer Repräsentationen und stützen gesellschaftliche Strukturen oder stellen sie in Frage. Umgekehrt bilden die drei angesprochenen Ebenen den Rahmen für soziale Praxen. Letztere verbinden nicht nur Differenzkategorien, sondern auch die genannten drei Ebenen miteinander. Deshalb bildet die Analyse beobachtbarer sozialer Praxen den methodologischen Ausgangspunkt unserer intersektionalen Mehrebenenanalyse, die wir im dritten Kapitel vertiefen.

Bevor wir jedoch die Verbindung der drei Ebenen über soziale Praxen in kapitalistisch strukturierten Gesellschaften in Kapitel 3 näher erläutern, konkretisieren wir im Folgenden zunächst die Verbundenheit von Differenzkategorien auf jeweils einer Ebene. So begründen wir in Kapitel 2.1 strukturelle Herrschaftsverhältnisse und deren Verschränkungen, diskutieren in Kapitel 2.2 Verzahnungen von Ungleichheitskategorien auf der Ebene symbolischer Repräsentationen und in Kapitel 2.3 die Verbundenheiten unterschiedlichster Differenzkategorien bei Identitätskonstruktionen.

In den folgenden Abschnitten nimmt die Beschreibung der Strukturebene einen überproportional großen Raum ein. Dies bedeutet nicht, dass wir implizit diese Ebene theoretisch privilegieren. Vielmehr sehen wir dort den größten Forschungsbedarf: Auf dieser Ebene muss die Frage nach der Anzahl der Kategorien geklärt werden, da es einen wesentlichen Unterschied macht, ungleichheitsgenerierende Differenzierungen in ihrer Verbundenheit auf der Ebene der Sozialstruktur oder aber auf den Ebenen der Identitätskonstruktion oder der symbolischen Repräsentation zu analysieren. Auf der Strukturebene geht es um die Einbindung sozialer Praxen in strukturelle Herrschaftsverhältnisse. Dort ist es schon schwierig genug, die Bedeutung einer Strukturkategorie und das damit verbundene strukturelle Herrschaftsverhältnis zu begreifen, geschweige

denn die Wechselwirkungen mehrerer Herrschaftsverhältnisse. Hier ist es nicht zuletzt um der analytischen Aussagekraft willen sinnvoll, die Zahl der berücksichtigten Ungleichheitskategorien möglichst gering zu halten. Entsprechend sind WissenschaftlerInnen darauf angewiesen, sich aus ihrem Vorwissen heraus für eine forschungspraktisch handhabbare Zahl von Strukturkategorien und damit verbundene Herrschaftsverhältnisse zu entscheiden, sie also deduktiv zu setzen. Schauen wir in unserer Analyse allerdings auf die Identitätskonstruktionen, über die sich Einzelne in ihren sozialen Praxen positionieren, und die damit eng verbundenen symbolischen Repräsentationen, dann ist es sinnvoll, induktiv vorzugehen. Welche und wie viele Ungleichheitskategorien dann eine Rolle spielen, kann und soll erst die Untersuchung selbst zeigen. Entsprechend müssen wir auf der Repräsentations- und Identitätsebene die Kategorienanzahl nicht begrenzen, sondern können sie offen lassen.¹ Darüber hinaus fühlen wir uns als SozialwissenschaftlerInnen aufgerufen, erste Schritte zur Schließung der Forschungslücken gerade auf der Strukturebene zu gehen. Denn eine der Kernthematiken soziologischer Forschung ist die theoretische und empirische Herausarbeitung struktureller Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse auf Grundlage der *big three*, nämlich *race*, *class* und *gender*. Dies ist auch nach wie vor ein wichtiges Terrain sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung.

2.1 Strukturelle Herrschaftsverhältnisse

Bei der Betrachtung der Strukturebene stoßen wir mit unserem Anliegen einer intersektionalen Mehrebenenanalyse auf einige theoretische Derivate: Mit den bisher vorhandenen theoretischen Konzepten lassen sich Klassen-, Geschlechter-, Rassen- und auch Körperverhältnisse auf der Strukturebene nicht in ihren Wechselwirkungen bestimmen. Das hat auch wissenschaftsimmanente Gründe. Erstens sind Ungleichheits- und Geschlechtersoziolegie in unterschiedlichen wissenschaftlichen Traditionen verwurzelt (vgl. Gottschall 2000: 13-28). Daraus folgt zweitens, dass Klassen- und Geschlechterverhältnisse nicht einheitlich gefasst sind und sich deshalb nicht einfach in das Vokabular der Nachbardisziplin übersetzen lassen (vgl. Schwinn 2007: 132). Unklar ist wegen des fehlenden gegenseitigen Bezugs drittens, wie die Überschneidungen solcher (und anderer) Herrschaftsverhältnisse zu denken sind – im Rahmen ka-

1 Hier entwickeln wir unseren ersten Ansatz in Degele/Winker (2007) weiter, in dem wir aus forschungspragmatischen Gründen noch für eine Verengung der Kategorien auch auf der Repräsentationsebene plädiert haben. Dies hat sich in der empirischen Forschung als nicht notwendig erwiesen.

pitalistischer Verhältnisse. Einen vierten Grund für das Scheitern sehen wir auch darin, alle Kategorien möglichst gleichgewichtig behandeln zu wollen. Hier scheint die unfruchtbare Haupt- und Neben-Widerspruchsdebatte um das Primat von Kapitalismus und Patriarchat aus den 1970er Jahren noch deutliche Spuren hinterlassen zu haben. So lässt sich festhalten, dass es keine integrierte Theorie zu Klassen- und Geschlechterverhältnissen und auch keine geschlechtertheoretisch unterfütterte Kapitalismustheorie gibt – und in nächster Zukunft wohl auch nicht geben wird.²

Die kaum entwickelten theoretischen Verknüpfungen miteinander wechselwirkender struktureller Ungleichheiten stellen allerdings nicht nur für die Verbindung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen, sondern auch für die Einbindung rassistischer oder ethnisierter Herrschaftsstrukturen ein Problem dar: „Klassen-, Geschlechter- und ethnische Forschung nehmen sich wechselseitig kaum wahr.“ (Schwinn 2007: 88) Strukturtheoretisch argumentierende intersektionale Ansätze, die von Wechselwirkungen zwischen ungleichheitsgenerierenden Kategorien ausgehen, sind allerdings auf theoretische Verknüpfungen angewiesen, die sich nicht nur auf vielfältige Diskriminierungen beziehen, sondern auch auf strukturelle Herrschaftsverhältnisse.

Es ist das Verdienst von Gudrun-Axeli Knapp (2005), mit ihrem paradigmatischen Aufsatz die Theoriedebatte zu Intersektionalität im deutschsprachigen Raum eröffnet und dabei gleichzeitig auf strukturelle Herausforderungen verwiesen zu haben. Nach Knapp kann ein Intersektionalitätsansatz die feministische Theoriebildung nur dann voranbringen, wenn er nicht weiter primär auf mikroanalytischer Ebene Differenzkategorien untersucht, sondern nach langer Abstinenz Herrschaftsverhältnisse und vor allem deren Durchkreuzungen wieder neu in den Blick nimmt. Dabei bleibt allerdings auch bei ihr unklar, wie dies zu geschehen hat. Knapp verzichtet darauf, den Begriff Patriarchat zu verwenden, spricht dagegen von den aus ihrer Sicht strukturtheoretisch wichtigen Differenzkategorien *gender*, *class* und *race*, erwähnt die dazu gehörenden Herrschaftsverhältnisse allerdings nur an einer Stelle – deutlich weniger klar – als „Geschlechterverhältnisse/heteronormative Sexualität, Klassenverhältnisse sowie Konfigurationen von Ethnizität und *race*/racism“ (ebd.: 75). So ist auch die Geschlechterforschung nach wie vor ein gutes Stück davon entfernt, die Spezifik der einzelnen Herr-

2 Nicht zuletzt aufgrund dieser strukturtheoretischen Schwierigkeiten begnügt sich die feministische Forschung weitgehend mit mikroanalytischen Studien, die sich mit der Analyse von Identitätskonstruktionen auf empirisch Fassbares beziehen und sich nicht in abstrakten Modellen wie Kapitalismus und Patriarchat verlieren.

Die Wortführerinnen der Diskussion in den 1970er und 1980er Jahren sehen die Basis für die Aufrechterhaltung des Patriarchats in unterschiedlichen Institutionen: sei es biologische Reproduktion (vgl. Firestone 1975), Zwangsheterosexualität (vgl. Rich 1980) oder die Kontrolle von Ehemännern über die Arbeit ihrer Frauen (vgl. Delphy 1985). Auch wenn einzelne Autorinnen nur einen Aspekt fokussieren, wird in der Zusammenschau dieser Ansätze die Vielfalt der hierarchischen Organisation der Geschlechterverhältnisse primär in den Bereichen der Arbeitsteilung, Generativität, Sexualität und Politik deutlich.

In den 1990er Jahren konkretisiert Sylvia Walby (1990: 20) den Begriff des Patriarchats als „a system of social structures and social practices in which men dominate, oppress and exploit women“. Walby unterscheidet sechs empirisch fassbare Dimensionen, die zwar autonom organisiert seien, allerdings in kausalen Verbindungen miteinander stünden. Sie benennt als Dimensionen die Produktion im Rahmen des privaten Haushaltes, die Benachteiligung bezahlter Berufsarbeit von Frauen, patriarchale Beziehungen im Staat, männliche Gewalt, patriarchale Sexualbeziehungen und patriarchale Formen kultureller Definitionen. Dabei zeigt sie in ihrem theoretischen Ansatz die Benachteiligung von Frauen in einer Vielzahl von Lebensbereichen auf. Ferner kann sie benennen, wie es zu Spannungen zwischen kapitalistischen und patriarchalen Strukturen kommt: „This is because the utilization of women's labour by one system is at the expense of other, if women are working for capitalists they have less time to work for their husbands.“ (1990: 41) Allerdings liegt in dieser Gegenüberstellung genau das Problem ihres Ansatzes. Denn er erlaubt es kaum, die Verzahnungen und Wechselwirkungen dieser beiden Herrschaftssysteme differenziert zu analysieren. Damit bleibt weitgehend unklar, wie soziale Heterogenität von Frauen aufgrund klassenspezifischer oder anderer Diskriminierungen und damit unterschiedliche Phänomene der Frauenbenachteiligung konzipiert werden können.

Bereits in den 1970er und frühen 1980er Jahren setzen sich Frauenforscherinnen nicht nur mit patriarchalen Strukturen auseinander, sondern beschäftigen sich mit der wissenschaftlich und politisch offenen Frage, wie die beiden Herrschaftssysteme Kapitalismus und Patriarchat in ihrer Verknüpfung zu verstehen sind. Die als *dual system theory* bekannt gewordenen Ansätze (u.a. Delphy 1985; Hartmann 1983) gehen davon aus, dass das Patriarchat – als für die soziale Reproduktion zuständig – analog zum Kapitalismus als eine eigenständige Grundstruktur konzipiert werden müsse. Sie sehen Kapitalismus und Patriarchat als getrennte Herrschaftssysteme mit eigenständigen Logiken und versuchen,

schaftssysteme klar benennen und zueinander ins Verhältnis setzen zu können.

Bei einer solchermaßen offenen theoretischen Situation ist es sinnvoll, nicht sofort eine Unzahl von Herrschaftsverhältnissen miteinander verbinden zu wollen. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn es gelänge, zwei Herrschaftssysteme in ihrer Verzahnung auf der Strukturebene theoretisch zu begreifen. Da wir bei der theoretischen Entwicklung unseres Mehrebenenansatzes an die Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung anknüpfen und diese im intersektionalen Sinne weiterentwickeln möchten, setzen wir uns zunächst mit der Verknüpfung von Geschlechter- und Klassenverhältnissen auseinander. Dazu rekonstruieren wir bisherige Ansätze zur Verknüpfung von Kapitalismus und Patriarchat³ beziehungsweise von Produktions- und Reproduktions-sphäre, zeigen, dass diese zu kurz greifen, und verdeutlichen, wie wir uns die Verwobenheiten von Geschlechter- und Klassenverhältnissen auf struktureller Ebene vorstellen (Kap. 2.1.1). Daran anknüpfend berücksichtigen wir darüber hinaus auch Rassen- und Körperverhältnisse und konkretisieren die Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper (Kap. 2.1.2).

2.1.1 Patriarchat und Kapitalismus

Strittig im materialistisch orientierten feministischen Diskurs bleibt die Frage, wie der Zusammenhang von Geschlechter- und Klassenverhältnissen auf der strukturellen Ebene zu konzipieren ist. Um geschlechtliche Ungleichheiten in eine bis dato weitgehend geschlechtsblinde Gesellschaftsanalyse einzubringen, stellen Frauenforscherinnen in den 1970er und frühen 1980er Jahren patriarchale Strukturen ins Zentrum ihrer theoretischen Überlegungen. Der Begriff Patriarchat – so das Ergebnis dieser Debatte – soll Ungleichheiten, Diskriminierungen und Unterdrückung, die Frauen in den unterschiedlichsten Lebenssphären betreffen, als Teile eines übergreifenden Phänomens erfassen (Cyba 2004: 15). Patriarchat meint also eine Herrschaftsstruktur, die mit der Dominanz von Männern verknüpft ist; geschlechtsspezifische Ungleichheitsstrukturen gelten als Ausdruck von Männerherrschaft.

3 Wir beschäftigen uns an dieser Stelle allerdings nicht mit primär klassentheoretischen Ansätzen, in die Frauendiskriminierung bzw. geschlechtsspezifische Ungleichheiten integriert werden sollten (vgl. dazu Cyba 2000: 22–43), da dieses Vorgehen die Frauenfrage immer wieder neu als Nebenwiderspruch reproduziert und der herrschende Sexismus nicht auf Klassenstrukturen zu reduzieren ist.

mit dem Zusammenspiel dieser zwei Strukturprinzipien geschlechts- und klassenspezifische Ungleichheiten zu erfassen.

Christine Delphy differenziert zwei Produktionsweisen: erstens die industrielle und zweitens die familiale Produktionsweise. Die industrielle sei für die Produktion des Großteils der Waren zuständig, die familiale Sorge für die häuslichen Dienstleistungen und die Kinderaufzucht. „Die erste Produktionsweise führt zur kapitalistischen Ausbeutung, die zweite zur familialen Ausbeutung oder, genauer: zur patriarchalischen Ausbeutung.“ (Delphy 1985: 163) Delphy behauptet nun weiter, dass sich alle Frauen, egal welcher Klasse sie innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse angehören, in einem „Leibegenschaftsverhältnis zu ihrem Ehemann“ wiederfinden. Die logische, aber realitätsferne Folgerung aus dieser Sicht: „Ihr Lebensstandard (der Frau – die Verf.) hängt nicht von den Produktionsverhältnissen ab, die das Klassenverhältnis zwischen Bürgern und Proletariern bestimmen, sondern von den Produktionsverhältnissen, die ein Leibegenschaftsverhältnis zu ihrem Ehemann bedeuten.“ (Ebd.: 165)

Nach Heidi Hartmann (1983) sind auch Frauen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; nur sei dies von Männern kontrolliert. Diese Kontrolle manifestiere sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen, angefangen von heterosexuellen Ehen, in denen die Kinderaufzucht und Hausarbeit geleistet werde, über den Staat bis hin zu zahlreichen Institutionen. Die patriarchale Kontrolle erschöpfe sich damit nicht nur in der Beschränkung des Verkaufs der weiblichen Ware Arbeitskraft respektive in der ökonomischen Abhängigkeit der Frauen, sondern schließe das ganze ‚Privatleben‘ mit ein. Sie könnten damit weder frei über ihre Arbeitskraft noch über ihre Sexualität verfügen.

Zwischenfazit: Auch wenn diese Ansätze aus dem angelsächsischen Sprachraum neben dem Patriarchat die Klassenherrschaft berücksichtigt, bleibt das eigenlogische System patriarchaler Unterdrückung abgeschottet gegenüber kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen. Wechselwirkungen sind darüber kaum zu erfassen. Entsprechend ringen deutschsprachige Theoretikerinnen wie Ursula Beer (1990), Frigga Haug (1996) und Petra Frerichs (2000) mit etwas anders gelagerten Akzenten ebenfalls um die Wechselwirkungen dieser beiden Herrschaftsstrukturen.

So betont Ursula Beer die Verschränkung der kapitalistisch-patriarchalischen Wirtschafts- und Bevölkerungswirtschaft, die vor allem über Rechtsverhältnisse abgesichert werde. Kapitalistische Strukturen in der Arbeitswelt und vorkapitalistische Strukturen („Sekundärpatriarchalismus“) innerhalb der Familie wirkten bei der Bestimmung der sozialen Position und damit bei der Diskriminierung von Frauen zusammen, die mittels staatlich-rechtlicher Regelungen fixiert werden. Im Primärpatri-

archialismus des Feudalzeitalters habe der Patriarch oder das Familienoberhaupt die volle Verfügungsgewalt über die Wirtschafts- und Familieninheit besessen, d.h. über die Familie (dazu gehörte der gesamte Personalarbestand, auch die nicht-verwandte Arbeitskraft), als auch über Grund und Boden. Im kapitalistischen Sekundärpatriarchalismus sei der Mann auch ohne Gewerbe oder Grundbesitz ehe- und familienfähig geworden. „Die doppelte Benachteiligung von Frauen in beiden gesellschaftlichen Ökonomien (Marktökonomie und Versorgungsökonomie – die Verf.) in ihrer Verschränktheit bilden letztendlich auch die Ursache für weibliche Armut.“ (Beer 2004: 61)

Auch Frigga Haug begreift Geschlechterverhältnisse, die sie primär in der Reproduktion des Lebens verortet, als Produktionsverhältnisse und sieht im kapitalistischen Patriarchat eine Produktionsweise, deren Regulationsprinzipien auf Frauenunterdrückung gründeten. Haug (2001) betont, dass Geschlechterverhältnisse und kapitalistische Produktionsverhältnisse eine grundlegende Doppelstruktur darstellten und nicht nur eng miteinander verwoben, sondern auch konstitutiv füreinander seien.

Ein Konzept, wie Klassen- und Geschlechterlage zusammengedacht und in ihrer Verwobenheit berücksichtigt werden können, stammt von Petra Frerichs und Margarete Steinrück (1993, 1995). Die Autorinnen verweisen auf Unterschiede zwischen Frauen in verschiedenen Klassenlagen. So entwickeln sie aus den beiden Hypothesen der Geschlechterklassen (Geschlecht = konstitutiv für Klasse) und im Anschluss an Pierre Bourdieu des Klassengeschlechts (Klassen bringen ihre eigenen Vorstellungen und Realisierungen von Weiblichkeit und Männlichkeit hervor) das Konzept des „geschlechtsspezifischen Klassenhabitus“. Danach differenziere sich der Klassenhabitus einer jeden Klasse (nfraktion) in einen weiblichen und männlichen, „was sowohl der Klassendifferenz im Geschlecht als zugleich auch der Geschlechterdifferenz in den Klassen Ausdruck verleiht“ (Frerichs 2000: 56). Aber auch dieses Konzept von Klassengeschlecht und Geschlechterklasse ist immer noch reduktionistisch, indem es das Andere unter die primär gewählte Perspektive subsumiert und dabei auch noch von polaren Geschlechtscharakteren ausgeht.

Wie sind diese Versuche zu bilanzieren? Mit dem Blick auf Wechselwirkungen haben diese Theorieentwicklungen grundlegende weiterführende Hinweise geliefert. Allerdings werden auch hier die beiden Herrschaftsverhältnisse Kapitalismus und Patriarchalismus beziehungsweise Geschlechterverhältnisse als gleichwertig nebeneinander stehende, starre und stabil bleibende Systeme betrachtet, die sich gegenseitig bedingen. Dazu kommt, dass die beiden Herrschaftsstrukturen als sich gegenseitig verstärkend konzipiert werden, was weder theoretisch be-

gründbar ist noch den empirischen Gegebenheiten heutiger kapitalistischer Gesellschaften entspricht. Dieser Weg, zwei theoretisch bestimmte Großsysteme – nämlich Kapitalismus und Patriarchat, auch wenn dieses anders benannt wird – verbinden zu wollen, verspricht über die Erkenntnisse von Beer, Haug, Frerichs und anderen hinaus keinen weiteren Erkenntnisgewinn. Wie sieht es nun mit Versuchen aus, nicht zwei Großsysteme, nämlich Kapitalismus und Patriarchat, miteinander zu verbinden, sondern gesellschaftlich strukturierte Produktions- und Reproduktionsprozesse?

Nancy Fraser (1994) und Regina Becker-Schmidt (1991) setzen ihre Vermittlungsversuche an den Begriffen Produktion und Reproduktion an. So betont Fraser (1994) in ihrer Kritik an Habermas die innere Verbundenheit der beiden Sphären System und Lebenswelt. Denn Habermas ordnet in einer durchaus androzentrischen Sichtweise systemisches Handeln der Ökonomie und dem Staat, sozial integriertes Handeln der Familie und der Öffentlichkeit zu und stellt diese dichotomisch gegenüber. Stattdessen gewinnt Fraser mit der alternativen Unterscheidung von sozial integriertem als kommunikativ erzeugtem Handeln einerseits und normativ gesichertem Handeln andererseits einen Maßstab, die moderne Kleinfamilie mit männlichem Vorstand einer kritischen Analyse zu unterziehen. Denn die Ehe sei beispielsweise sehr wohl auch ein Raum ökonomischer Austauschprozesse und repressiver Machtverhältnisse und eben nicht nur der heimelige Ort kommunikativ erzeugter Einigkeit (ebd.: 182f.).

Becker-Schmidt (1987, 1991) orientiert sich am Modus der doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Danach meint einfache Vergesellschaftung die Einbindung von Menschen in die Produktionsbedingungen, thematisiert also den Klassenaspekt. Neben dieser Zurechnung ist aber ein zweiter Vergesellschaftungsmodus von Bedeutung, nämlich der über die Reproduktionsbedingungen. Dieser wird über Geschlecht differenziert. Aufgrund der Frauen zugeordneten Reproduktionsarbeit nehmen Frauen in jeder gesellschaftlichen Hierarchie die untersten Ränge ein, oder bei Becker-Schmidt (1987: 191): „Innerhalb jeder sozialen Klasse gibt es noch einmal eine Unterschicht: die Frauen.“ Klassen- und Geschlechterhierarchie wirken dabei wechselseitig verstärkend ineinander, man kann sie als positiv rückgekoppelt bezeichnen.

Vor diesem Hintergrund, den die Frauen- und Geschlechterforschung Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre breit diskutierte, ist auch der Ansatz von Reinhard Kreckel (1992) zu sehen. Kreckel war in der Ungleichheitsforschung einer der ersten, der sich ausgehend von der Auseinandersetzung mit Klassenverhältnissen die Frage nach den unterschiedlichen Formen von Frauendiskriminierung stellte.

Auch er sieht seine Position als Weiterentwicklung des dualistischen Ansatzes. Denn auch er stellt dem Verhältnis von Kapital und Arbeit, also dem Klassenverhältnis, das Verhältnis von Produktion und Reproduktion gegenüber. Allerdings ist für ihn die damit einhergehende Benachteiligung von Frauen historisch bestimmt, nämlich durch die Abwertung von Reproduktionsarbeit. Darüber hinaus bezieht er sich auf den von Ursula Beer konstatierten Sekundärpatriarchalismus, innerhalb dessen sich Männer der Reproduktionsarbeiten entledigen. Allerdings kann nach Kreckel beim Geschlechterkonflikt wie auch beim Klassenkonflikt die Aushandlung zwischen den Parteien durch Gegenwehr der Unterdrückten auch anders aussehen. Wie also Patriarchat und Kapitalismus miteinander verwoben sind, hängt vom historischen Kräfteverhältnis ab.

Für unsere Argumentation ist wichtig, dass Kreckel von einer entwickelten kapitalistischen Ökonomie ausgeht, die auf dem Profitprinzip beruht. Eine gewinnbringende Produktion erfordert optimal qualifizierte, hoch motivierte und möglichst umfassend einsetzbare Arbeitskräfte. Für die Reproduktion der Arbeitskräfte sind die Unternehmen allerdings nicht zuständig. Dies ist Aufgabe jeder einzelnen Arbeitskraft selbst, die für erhalten sie Lohn und Gehalt, mit dem sie die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft begleichen können. Die Reproduktion der Ware Arbeitskraft nun ist nicht ohne Arbeitseinsatz möglich. Da Kinder nicht in Fabriken hergestellt werden und heranwachsen, haben wir es „hier mit einer *strukturell bedingten Schwachstelle des kapitalistischen Systems* zu tun: Es ist nicht in der Lage, aus eigener Kraft die für seinen Fortbestand erforderlichen Arbeitskräfte zu reproduzieren. [...] Die Lösung kann nur *marktextern* erfolgen.“ (Kreckel 1992: 254f.) Auch wenn kommerzielle DienstleisterInnen oder Haushaltstechnologien einen Teil dieser Arbeit übernehmen, bleibt ein anderer Teil unbezahlt in den Familien. „Für eine solche ‚marktexterne‘ Lösung des Reproduktionsproblems standen nun, als historische Strukturvorgabe, die privaten Familienhaushalte zur Verfügung, und dort insbesondere die Frauen, die immer schon auf Reproduktionsaufgaben spezialisiert gewesen waren“ (ebd.: 255). Daraus folgert Kreckel, dass wir es mit zwei bestehenden Strukturkonflikten, dem zwischen Kapital und Arbeit und dem zwischen Produktion und Reproduktion zu tun haben (ebd.: 268f.). Damit vertritt auch Kreckel in der Analyse eine dualistische Position, geht allerdings gleichzeitig davon aus, dass das Klassenverhältnis und das Geschlechterverhältnis eng miteinander verwoben sind und nicht zwei getrennte Sphären darstellen (ebd.: 270).

Die Schlüsse, die Kreckel dann weiter zieht, teilen wir allerdings nicht. Denn er behauptet, das Geschlechterverhältnis sei in der kapitalistischen Gesellschaft in Abhängigkeit zum Klassenverhältnis geraten, da

die Produktionssphäre das Übergewicht über die Reproduktionssphäre gewonnen habe (ebd.). Auch wenn wir letzterem zustimmen (einen ähnlichen Schluss zieht Nancy Fraser in ihrer Habermas-Kritik), ist nicht nachvollziehbar, warum eine sicherlich nicht bestreitbare Über- und Unterordnungsbeziehung zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit zwangsläufig zu einer Unterordnung der Geschlechterverhältnisse unter die Klassenverhältnisse führen muss. Auch wenn dies empirisch möglich ist, greift es zu kurz, einen Automatismus zwischen einer Dominanz von Erwerbsarbeit und einer Dominanz des Klassenverhältnisses anzunehmen. Mit dieser Argumentation trennt Kreckel die beiden Sphären Produktion und Reproduktion also nicht nur analytisch, sondern grundlegend, indem er sie mit jeweils einem Herrschaftsverhältnis verknüpft. Obwohl er in Weiterentwicklung von Becker-Schmidt mit Recht von der doppelten Vergesellschaftung nicht nur von Frauen, sondern auch von Männern spricht, ordnet er letztendlich doch wieder die Produktionsebene den Klassenverhältnissen und die Reproduktionsebene den Geschlechterverhältnissen zu. Demgegenüber gehen wir davon aus, dass die Sphären substanzial nicht trennbar sind. Deshalb müssen Ansätze auch immer wieder zu kurz greifen, die zwar von Wechselwirkungen von Produktion und Reproduktion ausgehen, diese Bereiche aber a priori bestimmten Herrschaftsverhältnissen zurechnen. So laufen Konzepte, die Frauen der Reproduktion zurechnen, immer wieder Gefahr, ihre soziale Situation zu homogenisieren. Die Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen wie von Männern hängen jedoch von ihrem Zugang zu beiden Sphären ab und werden in beiden Bereichen von vielen anderen Differenzierungskategorien wie Klasse, aber auch Rasse und Körper beeinflusst und strukturiert.

Der Ansatz von Anna Pollert (1996: 647), der sowohl vor der Dualsystem-Theorie als auch vor der letztlich reduktionistischen Verknüpfung beider Großsysteme als „patriarchaler Kapitalismus“ oder „kapitalistisches Patriarchat“ warnt, führt hier weiter. Sie plädiert für einen Abschied vom Begriff des Patriarchats als Erklärung für Geschlechterverhältnisse, weil er die theoretische Tradition abstrakter semi-autonomer Strukturen perpetuiert, womit die Spannung zwischen Struktur und *agency* verloren gehe. Dualistische Ansätze seien nicht hilfreich, weil Prozesse der Vergeschlechtlichung innerhalb von Klassenbeziehungen stattfänden. Sie wendet sich deshalb gegen eine isolierte Geschlechtertheorie und plädiert stattdessen dafür, Geschlecht zusammen mit anderen, im Mainstream oftmals verdeckten Differenz- und Ungleichheitskategorien in empirischen Prozessen sichtbar zu machen. Am Anfang der Analyse steht also nicht die abstrakte Trennung von Kategorien, sondern die empirische Verwobenheit. Entsprechend gäbe es keine ungeschlecht-

lichen Klassenbeziehungen und keine klassenlosen Geschlechterverhältnisse: „Attempts to develop a separate body of theory on gender relations, even for those sympathetic to a view of an open-ended gender system which is closely tied to class relations, end up with semi-autonomous systems, and the whole point of an integrated conception of class and gender is lost.“ (Ebd.: 650) Als Konsequenz fordert Pollert eine Theorie, die in eine substanziale empirische Analyse eingebettet ist. Sie solle nicht auf einem statischen Begriff wie Patriarchat aufbauen, sondern mit Prozessbegriffen wie *gender relations* operieren.

Ausgehend von dieser Erkenntnis gehen wir bei der Suche nach Verwobenheiten auf der Strukturebene dezidiert nicht von zwei oder mehr eigenständigen Megastrukturen aus. Die analytischen Einschränkungen der dualistischen Theorien bei der Untersuchung von Wechselwirkungen sollten diesbezüglich eine Lehre sein. Zwar halten auch wir es für sinnvoll, Produktions- und Reproduktionsbereich analytisch zu trennen. Allerdings zeigen die bisherigen Versuche, dass es nicht weiterführt, Klassenverhältnisse der Produktion und Geschlechterverhältnisse der Reproduktion zuzuordnen. Stattdessen gehen wir von einem kapitalistischen System aus und untersuchen für diese Gesellschaftsformation die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und deren Wechselwirkungen in der Produktions- und Reproduktionssphäre.

2.1.2 Vier Strukturkategorien

Die Aufgabe in diesem Kapitel besteht darin, innerhalb des inzwischen weltweit dominierenden kapitalistischen Systems konkrete Herrschaftsverhältnisse und deren Verwobenheiten zu analysieren. Dabei wollen wir die strukturellen Herrschaftsverhältnisse tatsächlich als Verhältnisse sichtbar machen, indem wir sie in den Plural setzen. Dies soll auch deutlich machen, dass herrschaftliche Strukturen nicht statisch bleiben, sondern dynamischen Verschiebungen und einem Bedeutungswandel unterliegen. Dazu steht nicht im Widerspruch, dass die kapitalistische Akkumulationslogik nach wie vor und weltweit sogar mehr denn je gilt. Deshalb setzen wir den Kapitalismus ‚vor die Klammer‘. Denn trotz vielfältigster Transformationen sind Lohnabhängige gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware an diejenigen zu verkaufen, die die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel und damit die Kontrolle über Produktionsprozesse besitzen. Unter dieser Prämisse gilt es zu untersuchen, wie konkret die kapitalistische Akkumulation immer wieder neu aufrechterhalten beziehungsweise in bestimmten Bereichen auch destabilisiert wird. Dafür gilt es, die Bedeutungen und Funktionen von Differenzkategorien in verschiedenen Kontexten und die damit verbundenen Herrschaftsver-

hältnisse zu analysieren, die innerhalb kapitalistischer Systeme recht unterschiedlich ausfallen können.

Wir unterscheiden (und präzisieren im Folgenden) auf der Strukturebene kapitalistischer Gegenwartsgesellschaften vier Herrschaftsverhältnisse entlang der Kategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper, nämlich Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen. Indem wir die profitorientierte Akkumulationslogik als Grundfehler des kapitalistischen Systems in der derzeitigen historischen Situation als gegeben setzen (auch wenn wir nur zu gerne mit unserem Ansatz zur Überwindung oder zumindest Re-Formierung dieses Systems beitragen würden), können wir innerhalb eines konkreten kapitalistisch organisierten Raums – sei es der weltweite oder ein nationaler – die Bedeutungen und Funktionen der Strukturkategorien und der damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse auch in ihren Wechselwirkungen untersuchen. Es geht also im Folgenden um die Frage, wie wir die vier Strukturkategorien Geschlecht, Klasse, Rasse und Körper definieren und begründen können und wie innerhalb kapitalistischer Systeme Herrschaftsverhältnisse entlang dieser vier Kategorien miteinander wechselwirken.

Damit kapitalistisch strukturierte Gesellschaften existieren können, bedarf es neben der Aufrechterhaltung der sozio-ökonomischen Produktionsverhältnisse und der Wiederherstellung der Produktionsmittel auch der Reproduktion der Arbeitskräfte. Die im Sinne des kapitalistischen Systems effiziente Verwertung der Ware Arbeitskraft gelingt, indem über spezifische Strukturkategorien der Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt differenziert geregelt und eine ungleiche Verteilung von Löhnen und Gehältern durchgesetzt wird. Gleichzeitig kann mit einer kostengünstigen Auslagerung der Reproduktionsarbeit aus dem warenförmigen Austausch der Wert der Ware Arbeitskraft gesenkt werden. Dabei steht die Übernahme dieser Tätigkeiten durch Frauen in den Familien – möglichst zusätzlich zur ihrer Erwerbsarbeit – aus historischen Gründen im Zentrum (vgl. Winker 2007). Aber auch Migrantinnen oder ältere Personen werden herangezogen, um Arbeitskraft günstig zu reproduzieren.

Innerhalb der kapitalistischen Akkumulation werden also der differenzierte Zugang zum Arbeitsmarkt, Lohndifferenzierungen und Auslagerung der Reproduktionsarbeit entlang der vier Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper realisiert. Damit gehen kapitalistische Systeme mit hierarchischen Klassenverhältnissen oder Klassismen, Geschlechterverhältnissen oder Heteronormativismen, Rassenverhältnissen oder Rassismen und Körperverhältnissen oder Bodyismen einher. Bevor wird diese Herrschaftsverhältnisse näher beschreiben und definieren, stellt sich zunächst die Frage, warum wir gerade diese vier Kategorien für so bedeutend halten.

Für die Wahl der ersten drei Kategorien – Klasse, Geschlecht, Rasse – gibt es in der intersektionalen Literatur bereits gute Argumente, an die wir anschließen können. Floya Anthias (2001: 368) etwa begreift *gender*, *ethnicity/race* and *class* als Strukturkategorien von Unterdrückung, weil sich historisch zeigen lässt, dass entlang dieser drei Differenzlinien ungleiche Ressourcenordnungen (und damit Verteilung von Lebenschancen) verlaufen. Sozialstrukturelle Orte der Produktion von Ungleichheiten sind Organisationen, was Joan Acker (2006: 443) ins Zentrum ihrer Überlegungen rückt: Sie definiert solche *inequality regimes* als „loosely related practices, processes, actions, and meanings that result in and maintain class, gender, and racial inequalities within particular organizations“. Damit kompatibel sieht Comelia Klinger (2003) die Scheidemarke zwischen Differenzen „in ihrer Bezogenheit auf Arbeit“. Als Ergebnis sind Klasse, Rasse und Geschlecht „nicht bloß Linien von Differenzen zwischen individuellen oder kollektiven Subjekten, sondern bilden das Grundmuster von gesellschaftlich-politisch relevanter Ungleichheit, weil Arbeit und zwar namentlich körperliche Arbeit ihren Existenzgrund und Anziehungspunkt ausmacht.“ (Ebd.: 26) Auf der strukturellen Ebene beziehen wir uns ebenfalls auf die genannten drei Kategorien, wobei bei uns die Kategorie Geschlecht sowohl Zweigeschlechtlichkeit wie auch Sexualität (im Sinne sexueller Orientierung) umfasst.⁴ So können wir mit Klinger (2003: 26) als Zwischenergebnis festhalten, dass mit den Strukturkategorien Klasse, Rasse und Geschlecht „ein Ungleichheit begründender und legitimierender *Fremdheitseffekt*, d.h. eine Ausgrenzung (Externalisierung) erzeugt wird, mit dem Ziel oder mindestens mit dem Resultat, eine Reduzierung des für die geleistete Arbeit zu entrichtenden Preises herbeizuführen.“

Allerdings erweitern wir die in den Sozialwissenschaften gängige Dreierkette von Rasse, Klasse und Geschlecht um die Kategorie Körper. Entscheidend ist dabei folgendes Argument: Rasse und Geschlecht sind Kategorien, die mit dem Rekurs auf eine vermeintliche Naturhaftigkeit begründet und legitimiert werden, bei Klasse ist das schon längst nicht mehr der Fall. Dort hat sich mit dem Kapitalismus der Glaube an Mobilität und die Ideologie des grundsätzlich möglichen Aufstiegs „vom Tellerränder zum Millionär“ (sic!) durchgesetzt. Statt Naturalisierung sind dort Verbesserung und Optimierung herrschende Legitimationen – und genau darin trifft sich die inzwischen soziologisierte (d.h. entnaturalisierte)

4 Indem wir die strukturelle Konstruktion von Geschlecht über heteronormative Geschlechterverhältnisse bestimmen, ist Sexualität auf struktureller Ebene nicht wie etwa bei Weber (2001) und Verloo (2006) eine eigenständige vierte Kategorie (vgl. dazu die folgenden Ausführungen zur Strukturkategorie Geschlecht).

sierte) Kategorie Klasse mit Körper (vgl. Ach/Pollmann 2006; Villa 2008). Körper können ihren Wert steigern – wofür ein mitunter erheblicher Aufwand von Zeit erforderlich ist und für notwendig und legitim erachtet wird.

Körper als Gesellschaft strukturierende Kategorie korrespondiert mit dem Verständnis von Neoliberalismus als eine Ideologie, die auf einer ökonomischen Betrachtung „von immer mehr Bereichen des sozialen Lebens fußt. Märkte und Wettbewerbe sind in dieser Ideologie die effektivsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsfelder und Instrumente.“ (Beck/Meine 2007: 9) Entsprechend kennzeichnen wir Neoliberalismus etwas allgemeiner als „ein weitläufiges politisch-ideologisches Projekt zur Reformulierung eines ungehemmt forschenden, ja aggressiven Kapitalismus“ (Kreisky 2006: 225), indem ein manageriales Denken (Bröckling 2007) in nahezu allen Lebensbereichen hegemonial geworden ist: Es dominiert das Maximierungspostulat. Dazu gehören mentale Prägungen, kulturelle Standardisierungen und Optimierungen sowie Modifikationen von Körperlichkeiten. Damit geht eine subtile Verinnerlichung erwünschter Körperrormen einher – und die immer weniger tabubrechende Frage nach ‚brauchbaren‘, ‚nützlichen‘ und ‚umformbaren‘ Körpern. So sind sowohl Alter wie körperliche Verfasstheit, Gesundheit und Attraktivität in den letzten Jahrzehnten in Arbeitszusammenhängen immer bedeutsamer geworden und entscheiden über die Verteilung von Ressourcen.

Auch Heinz Bude verweist im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit den „Überflüssigen“ auf die Bedeutung von Körpern: „Das letzte und vielleicht wichtigste Strukturmerkmal von Prozessen sozialer Ausgrenzung ist der *Körper*.“ (Bude 1998: 376)⁵ Bei den Kriterien sozialer Teilnahme benennt Bude neben der Arbeitsbereitschaft, die stark mit der Klassenposition zusammenhängt, der legalen Verfügbarkeit, die stark mit rassistischen Ausgrenzungen zu tun hat, und der familialen Sicherheit, die ohne die konkreten familialen Geschlechterpositionierungen nicht zu erfassen ist, als viertes Kriterium die Gesundheitsverfassung, die er wie wir als körperliche Verfasstheit versteht (ebd.: 370).⁶ Unter der Gesundheitsverfassung sieht Bude in ihrer zugespitzten Form die

5 Das musste sogar der einer Individuumszentrierung in der Soziologie gänzlich unverdächtige Niklas Luhmann einräumen, als er bei der Diskussion um Inklusion und Exklusion von Personen (also subsystemspezifischen Ausschnitten von Akteurlinien) auf Menschen traf, die in Armutsghettos als „reine Kreatur“ zurückblieben, nämlich als „eine in der Selbst- und Fremdwahrnehmung aufs Körperliche reduzierte Existenz, die den nächsten Tag zu erreichen sucht“ (Luhmann 1995: 147).

6 Als fünftes Kriterium nennt Bude noch die kulturelle Affinität, die entlang all der vier von uns benannten Kategorien bestimmt werden kann.

Sucht als „körperliche Stigmatisierung“ (ebd.: 376), die er als selbst vollzogenen Schließungsmechanismus oder als Loslösung von gesellschaftlichen Anerkennungsmechanismen begriff (ebd.).

Schließlich benennt Reinhard Kreckel (1992: 282) bereits Anfang der 1990er Jahre Alter und Gesundheit neben Geschlecht und Nationalität als drittes bedeutendes Kriterium für den Ausschluss vom beziehungsweise den Chancen im Arbeitsmarkt. Beim Dreiklang von Kreckel fehlt allerdings Klasse, da er zwischen illegitimer struktureller Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und der durch die meritokratische Triade von Bildung, Beruf und Einkommen legitimierten Ungleichheiten unterscheidet (ebd.: 283). Dieser Unterscheidung folgt implizit auch das im Jahre 2006 verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der Bundesrepublik Deutschland, das Diskriminierungen aufgrund von Klassenzugehörigkeit und damit von unterschiedlicher Bildung, Beruf und Einkommen nicht anspricht; sie gelten als weitgehend akzeptiert.

Diesen unterschiedlichen Bewertungen von strukturellen Ungleichheiten folgen wir nicht. Denn wir wollen keine normative Setzung vornehmen zwischen legitimen ungleichen Möglichkeiten bei der Reproduktion der Arbeitskraft entlang der Kategorie Klasse und illegitimen entlang der Kategorien Geschlecht, Rasse und Körper. Deshalb entwickeln wir auf der Strukturebene den Vierklang von Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper. Damit können wir sowohl die im AGG nicht erwähnten Kategorien Bildung und Beruf sowie die damit verbundene ungleiche Ressourcenverteilung als Ausformung von Klassismen untersuchen, als auch die vom AGG benannten folgenden acht Benachteiligungen den anderen drei Herrschaftsverhältnissen zuordnen. Diskriminierungen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion und der Weltanschauung fallen unter Rassismen, aus Gründen des Geschlechts und der sexuellen Identität unter Heteronormativismen und aus Gründen einer Behinderung und des Alters unter Bodyismen. Wenn in einem deutschen Bundesgesetz die durch Alter oder Behinderung diskriminierten Personen Rechtsansprüche gegen Arbeitgeber und Private erhalten, verbleibt dies, auch wenn sich diese Rechtsansprüche in der Realität kaum durchsetzen lassen, dass die Strukturkategorie Körper notwendig ist, um Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung zu analysieren.

Auf der Strukturebene bestimmen wir also mit den vier Kategorien – Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper – die soziale Lage von Gesellschaftsmitgliedern aus ihrer Stellung auf Arbeitsmarkt und ihrer Verantwortung für die Reproduktion der Arbeitskraft. Dies ermöglicht, wie Karin Gottschall (2000: 281) treffend feststellt, „auch die nicht erwerbstätigen erwachsenen Gesellschaftsmitglieder mit eigenständigem Status

in die Ungleichheitsanalyse einzubeziehen.“ Damit kommt neben der Erwerbsarbeit auch die Reproduktionsarbeit in den Blick. Auch können wir damit die Beziehungen innerhalb der Gruppe der Anbieter von Arbeitskraft analysieren, sofern sie um dieselben Ressourcen konkurrieren (ebd.). Im Folgenden präzisieren wir die Funktion und Bedeutung der vier Strukturkategorien und definieren die damit verwobenen Herrschaftsverhältnisse. Dabei werden wir jede Kategorie in aller Kürze (hinsichtlich des Forschungsstands) beschreiben, definieren, von anderen Kategorien abgrenzen, historisch verorten und daraus die entsprechenden strukturellen Herrschaftsverhältnisse ableiten.

Strukturkategorie Klasse

Der Klassenbegriff steht in der Tradition von Theorien sozialer Ungleichheit, die marxistische Klassentheorien, Schichtungsansätze bis hin zu neueren Theorien über Milieus und Lebensstile umfassen. Mit Karl Marx gehen wir zur Beschreibung der kapitalistischen Akkumulation von der Unterscheidung Produktionsmittelbesitzender und Lohnabhängiger aus. Ohne solche Klassen ist das kapitalistische System nicht denkbar. Konflikte entstehen durch die ungleiche Verfügungsgewalt über knappe und begehrte Ressourcen. Entsprechend ist sozial strukturierte Ungleichheit als eingeschränkte Möglichkeit des Zugangs zu Gütern und/oder Positionen zu begreifen, die mit ungleichen Einflussmöglichkeiten ausgestattet sind. Als Folge werden dadurch die Lebenschancen von Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt beziehungsweise begünstigt (Kreckel 1992).

Darüber hinaus differenzieren wir allerdings mit der Kategorie Klasse unterschiedliche Möglichkeiten und Formen der Vermarktung der Arbeitskraft entlang der Kriterien Herkunft, Bildung und Beruf, die entsprechend soziologischer Ungleichheitstheorien die Stellung in der Sozialstruktur maßgeblich bestimmen (vgl. Neckel 2003: 159). Denn abhängig von der sozialen Herkunft, der Bildung und dem Beruf gelingt es Menschen unterschiedlich gut, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden und sich entsprechend zu verkaufen. Damit gehen wir wie auch Bourdieu (1983, 1987) über einen rein ökonomischen Kapitalbegriff hinaus und fassen mit der Strukturkategorie Klasse drei Ressourcen, die Personen unterschiedlich zur Verfügung stehen: nämlich die über die soziale Herkunft vermittelte ökonomische Ressource Vermögen, Geld und Besitz, die kulturelle Ressource Bildung und Beruf sowie die soziale Ressource Netzwerke und Beziehungen. Diese Ressourcenausstattung ist stark miteinander verwoben, da beispielsweise mit der Herkunft sowohl Besitz und Vermögen vererbt, aber auch über Sozialisationsprozesse

se Startchancen für Bildung und Beruf beeinflusst sowie soziale Beziehungen weitergegeben werden. Damit haben Menschen bereits durch ihre Geburt in Familien mit verschiedener Ressourcenausstattung unterschiedliche sozio-ökonomische Ausgangsbedingungen.

Klasse bezeichnet also eine Gruppe von Menschen, denen ihre Stellung im Produktionsprozess gemeinsam ist. Die Zuordnung von Personen erfolgt entsprechend ihrer ökonomischen Ressourcen wie Vermögen und Einkommen, ihrer kulturellen Ressourcen wie Bildung und Beruf sowie ihrer sozialen Ressourcen wie soziale Beziehungen und Netzwerke. Der Klassenbegriff ist damit ein prozessualer, denn es geht um Distinktionen und soziale Positionierungen. Entsprechend „existieren“ nach Bourdieu „keine sozialen Klassen“, sondern „ein sozialer Raum von Unterschieden, in denen die Klassen gewissermaßen virtuell existieren, unterschiedswellig, nicht als gegebene, sondern als *herzustellende*“ (Bourdieu 1998: 26). Die Klassenlage wird durch ein „Ensemble von Positionen“ bestimmt. Der soziale Raum ist nicht nur ein Raum von Unterschieden, sondern auch ein Raum von Beziehungen; die Verknüpfung von Klassenlage und Lebensführung ist Bourdieus zentraler Beitrag zur Klassendiskussion: Die Differenzen in den Positionen müssen in Unterschiede in der Lebensführung transformiert werden – von den AkteurInnen. Entsprechend formuliert Bourdieu als ein Ziel, „in der Struktur der sozialen Klassen das Fundament der Klassifikationsysteme auszumachen, welche die Wahrnehmung der sozialen Welt strukturieren und die Gegenstände des ästhetischen ‚Wohlfühlens‘ bezeichnen.“ (Bourdieu 1987: 14). Darauf gehen wir auf der Identitätsebene näher ein.

Die konkreten Ausformungen der Ungleichheiten entlang der Kategorie Klasse haben sich historisch immer wieder verändert. Stand beispielsweise in den 1960er Jahren in der BRD neben den Produktionsmittelbesitzenden bei den Lohnabhängigen die Hierarchie zwischen ArbeiterInnen und Angestellten im Vordergrund, gewinnt heute die Kluft zwischen unbefristet und in Vollzeit arbeitenden so genannten Normalbeschäftigten, prekär Beschäftigten – als *working poor*, in Teilzeit, befristet oder ungeschützt – sowie Erwerbslosen an Bedeutung (Castel 2005). An alle geht heute verstärkt die Aufforderung, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich um den eigenen Lebensunterhalt zu kümmern. So mutieren immer mehr ArbeitnehmerInnen zu ArbeitskraftunternehmerInnen (Voll/Pongratz 1998) oder ArbeitskraftmanagerInnen (Winker/Carstensen 2007), bei denen es zu unterschiedlichen Formen der Selbstausbeutung kommt. Gleichzeitig bezieht sich der Begriff Exklusion im Gegensatz zu Begriffen wie Armut oder Unterklasse nicht lediglich auf eine bereits verfestigte Lage in Bezug auf eine einzige Kategorie, sondern auf Prozesse (und den Zustand) der Ausgrenzung in vielerlei Hin-

sicht. Entsprechend werden Ausgrenzungen inzwischen nicht nur ökonomisch gefasst, sondern auch institutionell (Schutzrechte und Möglichkeit der Interessenvertretung, Versorgung und Statusverlust) und sozial (Isolation durch verringerte soziale Kontakte). Diese Ausgrenzungen gehen auf der symbolischen Ebene mit negativen Etikettierungen und Stigmatisierungen einher und können auf der Identitätsebene zum Verlust von Selbstwertgefühl und Zugehörigkeit führen (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004), darauf kommen wir später zurück.

Aus unserem Verständnis von Klasse leiten wir Klassismen ab. Darüber verstehen wir Herrschaftsverhältnisse, die auf der Grundlage von sozialer Herkunft, Bildung und Beruf deutliche Einkommens- und Reichtumsunterschiede aufrechterhalten (vgl. Weinbach 2006: 89-101). Klassismen beziehen sich explizit nicht ausschließlich auf Ökonomie und Politik, sondern wirken in allen gesellschaftlichen Feldern, z.B. in den Bereichen Familie, Wohnen, Ehrenamt und selbstverständlich auch Hausarbeit (vgl. auch Walby 2007: 458-461). Obwohl gerade in heutiger Zeit die Kluft zwischen arm und reich immer weiter zunimmt und Bildungserfolge wieder verstärkt von familiären ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen abhängen, werden Diskriminierungen entlang der Kategorie Klasse in Anti-Diskriminierungsmaßnahmen, z.B. dem bundesdeutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ignoriert. Dies hängt auch damit zusammen, dass bei der Legitimation von Klassismen in kapitalistischen Gesellschaften kein Rekurs auf Natur erfolgt, sondern auf persönlich zurechenbare Leistung verwiesen wird. Darauf werden wir bei der Beschreibung der Repräsentationsebene (Kap. 2.2) näher eingehen.

Strukturkategorie *Geschlecht*

Geschlecht ist ein sozialstrukturelles Phänomen, das interaktiv produziert wird. Diese Kategorie sortiert Menschen in zwei unterscheidbare Gruppen, „a hierarchical division between women and men embedded in both social institutions and social practices“ (Jackson/Scott 2002: 1). Dabei handelt es sich nicht um biologisch gebundene Zuordnungen (auch wenn Geschlecht eine naturalisierungsanfällige Kategorie ist), sondern um gesellschaftliche Zuschreibungen, in die auch Vorstellungen von Sexualität eingelassen sind. Deshalb umfasst in unserer Definition die Strukturkategorie Geschlecht nicht nur die Zweigeschlechtlichkeit, sondern ebenso die damit eng verbundene sexuelle Orientierung. Geschlecht bezeichnet die binäre Mann-Frau-Unterscheidung sowie die naturalisierte, d.h. unhinterfragte und selbstverständlich gemachte Heterosexualisierung im Geschlechterverhältnis. So sind im Geschlechtersys-

tem lediglich genau zwei Geschlechter akzeptiert, und das jeweils gesellschaftlich bestimmte Geschlecht wird mit dem biologischem Geschlecht (*sex*), der Geschlechtsidentität (*gender*) und sexueller Orientierung (*desire*) gleichgesetzt. Wir stützen uns dabei auf Judith Butler, die das Dreigestirn von *sex*, *gender* und *desire* als keinesfalls in seine Bestandteile auflösbaren, sondern sich wechselseitig stützenden Machtkomplex sieht (Butler 1991: 22-25). Die Strukturkategorie Geschlecht hat also eine heteronormative Grundlage. Gemeint ist damit ein binäres, zweigeschlechtlich und heterosexuell organisiertes und organisierendes Wahrnehmungs-, Handlungs- und Denkschema, das als grundlegende gesellschaftliche Institution durch eine Naturalisierung von Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit zur einer einfachen Orientierung in der Welt sowie der Reduktion von Komplexität beiträgt beziehungsweise beitragen soll (Degele 2005). Damit sind zwei Unterstellungen verbunden: Erstens sei Menschsein natürlicherweise zweigeschlechtlich organisiert und zweitens Heterosexualität die ausschließliche und essenzielle Basis. Diese beiden Annahmen stützen sich wechselseitig und zeitigen strukturelle Wirkungen.

Als Konsequenz lassen sich Geschlecht und Sexualität eben genau nicht trennen, da es – wie Butler mit der zwangsheterosexuellen Matrix deutlich macht – keinen Sinn macht, diese Verbundenheit zunächst aufzubrechen, um sie im nächsten Schritt wieder intersektional zu verbinden. Mit dieser Definition vertreten wir einen breiten Begriff der Strukturkategorie Geschlecht, indem wir über die Berücksichtigung von Zwangsheterosexualität naturalisierte Machtverhältnisse einbeziehen.⁷ Für die Strukturebene ist das von Bedeutung, weil wir genau dort Herrschaftsverhältnisse analysieren wollen.⁸

7 Man mag einwenden, für ein sowohl Zweigeschlechtlichkeit wie auch sexuelle Orientierung umfassendes Strukturverständnis sei auch ein anderer Überbegriff als Geschlecht erforderlich. Logisch betrachtet trifft das zu. Sachlich jedoch ist dem in der Forschung etablierten Begriff Geschlecht nur schwer eine Alternative entgegenzusetzen – welche sollte das auch sein? Um die Erklärungsbedürftigkeit dieses Zugangs auf der sozialstrukturellen Ebene sehr wohl wissen bleiben wir vor diesem Hintergrund dennoch bei dem Begriff Geschlecht. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass wir für die Bezeichnung von Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage von Geschlecht den Begriff ‚Heteronormativismen‘ dem engen, nämlich nur auf Geschlechtszuordnung begrenzten Begriff ‚Sexismus‘ vorziehen (s.u.).

8 Auf der Repräsentations- und Identitätsebene macht es durchaus Sinn, Zweigeschlechtlichkeit und sexuelle Orientierung zu trennen. Dies tun wir, um zu verdeutlichen, auf welchen Aspekt Identitätskonstruktionen und symbolische Repräsentationen fokussieren.

Die gesellschaftlichen Konstruktionen der Mann-Frau-Unterscheidung und deren heterosexuelle Zuordnung bringen die Kategorie Geschlecht immer wieder neu hervor. Auch wenn sich in westlichen Gesellschaften im Zuge von Modernisierungsprozessen vor allem seit den 1970er Jahren in den Bereichen des Rechts und der Bildung strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich abgeschwächt haben und man nicht mehr von einer durchgehenden geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Erwerbsarbeit sprechen kann, gibt es nach wie vor männlich und weiblich konnotierte Arbeitsfelder sowie vertikale und horizontale Segregationen weiblicher und männlicher Berufsrealitäten. Mit diesen strukturellen Differenzierungen entlang der Kategorie Geschlecht lassen sich Lohnendifferenzierungen und verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu beruflichen Tätigkeiten begründen. Dies gilt etwa für die In-szenierung von Heterosexualität in Dienstleistungsberufen (Adkins 1998). Gleichzeitig steht die Kategorie Geschlecht für eine weitgehende Zuordnung von Reproduktionsarbeit an Frauen. Dominierte in den 1960er Jahren in der BRD primär die Trennung zwischen männlicher Erwerbsarbeit und weiblicher Familienarbeit, ist heute die Erwerbstätigkeit aller erwerbsfähigen Personen – unabhängig vom Geschlecht – zum gesellschaftlichen Reproduktionserfordernis schlechthin geworden (vgl. Winker 2009).⁹ Gleichzeitig führen aber – trotz Diskussionen um Krippenplätze und Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung – weiterhin vor allem Frauen die überwiegenden Teile der Reproduktionsarbeiten als unbezahlte Zusatzarbeit aus.

Heteronormativismen bezeichnen entsprechend unserer Definition der Kategorie Geschlecht Herrschaftsverhältnisse, die auf hierarchischen Geschlechterbeziehungen sowie der unhinterfragten Annahme natürlicher Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit basieren. Damit gehen wir über die bislang gebräuchliche Verwendung von Sexismus und auch Patriarchat hinaus. Die Besonderheiten von Heteronormativismen bestehen in der Aufrechterhaltung der Zweigeschlechtlichkeit und der unhinterfragten ‚Natürlichkeit‘ und Legitimität heterosexueller Paarbeziehungen (vgl. Jackson 2006: 117), über die ein Großteil notwendiger Reproduktionsarbeit kostengünstig in Familien abgewickelt wird. Der entscheidende Unterschied gegenüber Klassismen liegt in der Legitimationsgrundlage: hier ist es der Rekurs auf Naturhaftigkeit, bei Klassismen auf Leistung.

9 Die traditionelle Rollenverteilung mit dem berufstätigen Vater als Familienernährer trifft nur noch auf 36 Prozent der heterosexuellen Paare zu. Bei fünf Prozent der Paare arbeitet nur die Mutter (Statistisches Bundesamt 2008: 18).

Strukturkategorie Rasse

Wie auch Geschlechter sind Rassen keine biologischen Tatsachen, sondern soziale Konstruktionen. Diese Sichtweise ist inzwischen im wissenschaftlichen Mainstream angekommen und hat politische Folgen. So veröffentlichte die UN-Kulturorganisation UNESCO 1950 das „statement on race“, wonach es keine wissenschaftliche Basis für die Einteilung der Menschheit in Rassen gibt, denn 99,9% der DNA aller Menschen sei identisch (Rätzl 2004: 249). Im Grundgesetz von 1949 aber heißt es: „Niemand darf wegen [...] seiner Rasse [...] benachteiligt oder bevorzugt werden“. Entsprechend formuliert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz 2006: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse [...] zu verhindern oder zu beseitigen.“ Dagegen hat das deutsche Institut für Menschenrechte jüngst Einspruch erhoben: Es will den gefährlichen Begriff Rasse aus deutschen Rechtsvorschriften/Gesetzen streichen, weil die Formulierung die Existenz von Rassen nahelege. Auch internationale Vorträge wie der EU-Vertrag oder zahlreiche UN-Abkommen sollen künftig ohne den Rasse-Begriff auskommen. Denn die Gesetzessprache habe Vorbildfunktion und wirke auf das Bewusstsein der Menschen ein. Die vorgeschlagene Alternativformulierung lautet deshalb: „Ziel des Gesetzes ist es, rassistische Benachteiligungen [...] zu verhindern.“ (Augstein 2008; Rath 2008) Dennoch halten wir es in der Wissenschaft für wichtig, am Begriff Rasse als Analysetextwerkzeug für rassistische Diskriminierung festzuhalten. Der Begriff Rasse ist zwar im Deutschen wegen seiner Konnotation im Zusammenhang mit dem Holocaust tabuisiert. Ersetzt man ihn aber durch weniger verfangliche Konstrukte wie Ethnie oder kulturelle Identität, werden damit rassistische Ausgrenzungen und Diskriminierungen tendenziell verschleiert und auch salonfähig gemacht.

Rassen werden durch spezifische, äußerlich wahrnehmbare oder behauptete physiologische Unterschiede sozial konstruiert. „Es ‚gibt‘ sie nicht unabhängig von durch und durch gesellschaftlich, historisch, kulturell bestimmten rassistischen Praxen.“ (Bader 1998: 106) Nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehörige Menschen werden über eine andere Hautfarbe, Körperkonstitutionen, Ethnien, Religionen oder Weltanschauungen rassifiziert und damit zu Anderen gemacht. Rassen sind „durch symbolische Klassifikationen zu ‚Rassen‘ gewordene(n) Menschengruppen“ (Weiß 2001a: 29). Auch wenn sich rassistische Grenzbeziehungen an sehr unterschiedlichen Merkmalen festmachen, ist diesen gemeinsam, dass sie als Zentrum-Peripherie-Beziehungen und einer damit verbundenen Marginalisierung bestimmter Gruppen und Regionen zu verstehen sind (Schwinn 2007: 92). Dazu gehört auch der Ein- und

Ausschluss von Menschengruppen auf der Grundlage von Weltanschauung und Religion. Gleichzeitig umfasst diese Definition „eine Art der Unterscheidung und der hierarchischen Bewertung von Menschen auf der Grundlage ausgewählter verkörperlicher Eigenschaften (seien sie real oder zugeschrieben), die dazu herangezogen werden, um eine Gruppe unterzuordnen, auszuschließen und auszubeuten“ (Vacquant 2001: 72).

Galt die Konstruktion von rassistischen Ausgrenzungen früher im fordristischen System zwischen den europäischen Ethnien und Nationalitäten, ist das Außen inzwischen außerhalb der EU vor allem auf die Trikont-Länder verlagert. Das Prinzip bleibt das gleiche. Es werden Hierarchien konstruiert zwischen MigrantInnen mit zumindest befristeter Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis (beispielsweise IT-Fachkräften) und illegalisierten beziehungsweise ‚geduldeten‘ MigrantInnen ohne Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis, die ökonomisch sinnvoll (beispielsweise als Haushaltsarbeiterinnen oder Prostituierte) einzusetzen sind (vgl. Hochschild 2001). Personen, die allerdings als Arbeitskraft nicht gebraucht werden, wird mit restriktiver Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik und Remigrationsförderung der Zugang zum Arbeitsmarkt und damit auch in die EU verwehrt (vgl. Bader 1998: 96). In der BRD werden alle ‚geduldeten‘ Personen, die sich nicht selbst ernähren können, nach dem neuen Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge abgeschoben. Sozialleistungen stehen, wenn überhaupt, vor allem deutschen Staatsangehörigen zu.

Entsprechend verstehen wir unter Rassismen Herrschaftsverhältnisse, die auf strukturellen Machtasymmetrien „zwischen durch symbolische Klassifikationen zu ‚Rassen‘ gewordenen Menschengruppen“ beruhen (Weiß 2001a: 29). Das entscheidende Merkmal dabei ist eine Zeichnungs- und Definitionspraxis, die ein spezifisches Wissen über vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen ‚uns‘ und ‚den Anderen‘ hervorbringt. Es geht bei Rassismen nicht um Übertreibung, falsche Behandlung oder Instrumentalisierung von Unterschieden zwischen Menschengruppen, sondern darum, dass politische Interessen in den Mantel natürlicher Differenzen gekleidet werden. Die Spezifik dieser Herrschaftsformen besteht darin, dass sie Menschen innerhalb eines sozialen Raums strukturell schlechter stellt, indem sie ihnen den Zugang zu Erwerbsarbeit nur teilweise öffnet und auf ihren möglichen Ausschluss aus diesem Raum verweist (Weiß 2001b: 87). Damit werden Rassismen nicht inhaltlich definiert. Strukturell diskriminiert wegen eines nur begrenzten freien Zugangs zum Arbeitsmarkt oder der permanenten Gefahr der Ausgrenzung werden Menschen beispielsweise aufgrund einer von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Nationalität, Ethnie, Religion

oder auch Weltanschauung. Auf all diese unterschiedlichen Kriterien bezieht sich unser Verständnis von Rassismen, das im Kern auf der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie beruht. Wie auch Heteronormativismen werden Rassismen mit Rekurs auf Naturhaftigkeit legitimiert.

Strukturkategorie Körper

Körper sind in dreierlei Hinsicht ein sozialwissenschaftlich neues Thema. Erstens hat die Geschlechterforschung einen zentralen Beitrag zur Würdigung von Körper(lichkeit) als gesellschaftsstrukturierende Größe geleistet. So waren feministische Kritiken an patriarchalen beziehungsweise heteronormativen Geschlechterverhältnissen meist auch mit der Forderung nach Selbstbestimmung und Verfügungsmacht über den eigenen Körper verbunden (Krüger-Fürhoff 2005: 68-72). Zweitens erfährt sich biografisch verändernde und nicht ‚normale‘ Körperlichkeit vor allem in der Auseinandersetzung mit Alter (Krekula 2007) und Behinderung (Raab 2007) inzwischen auch Interesse aus intersektionalitätstheoretischer Perspektive. Drittens brachte vor allem die vermeintliche Entkörperlichung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses im Zuge des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft Körper als konsumierend, sich inszenierend, sich formend, kurz: als Kulturobjekte und freizeitkonsumierende Zeichenträger ins Gespräch (Shilling 2005: 2f.). Für unsere Analyse ist entscheidend: Körper erscheinen im Zuge mechanischer, genetischer, psychischer und physiologischer Manipulierbarkeit immer weniger als Naturtatsache, sondern als Kulturprodukte (Wehling u.a. 2005: 559). In diesem Zusammenhang interessiert weniger die Arbeit mit ‚dem Körper‘, sondern vielmehr die Arbeit an und die Arbeit der Körper – diese müssen „employable“ sein (Schroer 2005: 16f.; Degele/Schmitz 2009). So diversifiziert die Kategorie Körper die Stellung im Produktionsprozess, vor allem den Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt (Kreckel 1992: 282). Gefragt sind körperlich gesunde Arbeitskräfte. Krankheiten und körperliche Behinderungen wirken sich negativ auf die beruflichen Erfolgchancen aus (Maschke 2007). Gesundheit gilt nicht mehr als göttliche Gabe, sondern als durch individuelle Lebensführung erlangbares Gut. Körper sind unter Optimierungszwänge gefallen, hier schlägt das Leistungsprinzip durch wie sonst nur bei Klasse.

‚Der Körper‘ ist eine Abstraktion, „eine Konstruktion, die außerhalb diskursiver und sozialer Kontexte weder existiert noch wahrgenommen werden kann“ (Krüger-Fürhoff 2005: 66). Etwas konkreter lassen sich Körper als Quelle (source) zur Hervorbringung und kreativen Gestaltung sozialen Lebens begreifen, als Ort (location), in den gesellschaftliche

Strukturen einwirken sowie als Mittel (means), durch das Individuen positioniert und soziale Strukturen gebildet werden (Shilling 2005). Bei Körpern als Produkten und Produzenten von Gesellschaft geht es sozialwissenschaftlich also weniger darum, was sie sind, sondern vielmehr, was sie bedeuten, wie (weit) sie formbar sind und welche Eigenschaftlichkeiten sie gesellschaftlich in Anschlag bringen. Körper sind in diesem Sinn physikalisch, emotional und sensitiv erfahrbare Medien und Erfahrungsdimensionen von AkteurInnen, die für die Zuschreibung sozialer Positionen nutzbar sind. Einem praxeologischen Ansatz (vgl. Kap. 3.1) zufolge sind soziale Praktiken verkörpert und interessieren in Hinblick auf die Erzeugung und Verfestigung gesellschaftlicher Ungleichheiten (Bourdieu 1976; Meuser 2006; Reckwitz 2003). Denn wenn sich Status und Prestige an Körpern ablesen lassen, dient auch dies der raschen und einfachen Sortierung des gesellschaftlichen Personals. Gesellschaftlich relevant sind dabei vor allem Abweichungen von einer wie auch immer konstruierten Norm. Mit solchen „vielfältigen körperlichen, mentalen und psychischen Auffälligkeiten, denen gemeinsam ist, dass sie immer nur mittels des Körpers ausgedrückt und wahrgenommen werden können“ (Waldschmidt 2007: 28), beschäftigt sich das in den letzten beiden Jahrzehnten entstandene Feld der Disability Studies. Behinderung gilt dabei als Abweichung, die zumeist auf die „Normalfelder“ (Link 1997: 51) Gesundheit, Funktionsfähigkeit und Leistungsvermögen bezogen wird.

Galten in der Vormoderne Körper als Voraussetzung und Mittel der Arbeit schlechthin, war die Industrialisierung mit einer Disziplinierung von Körpern über die Reorganisation von Raum und Zeit verbunden. Der Post-Fordismus geht mit flexibler Spezialisierung, Individualisierung, Erwerbslosigkeit und Prekarisierung einher. Unsichere und kurzfristige Qualifikationserfordernisse, (zeitliche) Flexibilitätswänge, unterbezahlte Dienstleistungsarbeit, ein zunehmendes Gewicht von äußerlicher Erscheinung und Körperdisziplinierung haben Effekte auf Körper. Der Wandel vom Fordismus zum Post-Fordismus schlägt sich damit in geänderter Körperarbeit nieder (Shilling 2005: 75-87). Während in Zeiten der Vollbeschäftigung in den 1960er Jahren und bis in die 1970er und auch 1980er Jahre hinein ältere Lohnarbeitende hierarchisch oben angesiedelt waren, hat sich mit den schnellen technologischen Veränderungen und dem demografischen Wandel (vgl. Hondrich 2007; Kaufmann 2005; Buchen/Maier 2008) diese Hierarchie ins Gegenteil verkehrt: ArbeitnehmerInnen müssen beweglich, belastbar, permanent lernbereit und -willig sein. So bescheinigen amerikanische Studien sportlichen und sich fit haltenden Personen eine größere geistige und reaktive Leistungsfähigkeit (Hillman 2002). Zur Bedingung sozialer und das

heißt auf dem Arbeitsmarkt gewinnbringend einsetzbarer Wertschätzung gehören Jugendlichkeit, Schönheit, Fitness und Gesundheit (vgl. Degele/Sobiech 2007; Gimlin 2002). Mit der Argumentation, dass die Macht dazu in den Händen, Beinen und Köpfen eines jeden Individuums liege, wird das Sozialsystem entsprechend umgebaut (Dobner 2007: 110-133): Jede Person ist für ihre Gesundheit, ihre *employability* und ihre Altersvorsorge zunehmend selbst verantwortlich. „Nur intakte und gesunde Körper vermögen ein attraktives wie marktkonformes Leben zu garantieren. [...] Gesundheit ist nicht biologisches Schicksal, sie ist primär individuelle Aufgabe und persönliche Leistung.“ (Kreisky 2006: 226) Ausgangspunkt ist damit der gesunde und leistungsfähige Körper, unberücksichtigt bleibt die „ontologische Unsicherheit“, welche biologische Gebrechlichkeit, soziale Verletzlichkeit und politischen Ausschluss umfasst (Turner 2001: 262).

Unter Bodyismen verstehen wir entsprechend der Wichtigkeit der Strukturkategorie Körper Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschengruppen aufgrund körperlicher Merkmale wie Alter, Attraktivität, Generativität und körperliche Verfasstheit. Für solche körperbezogenen hierarchischen Verhältnisse gibt es bereits unterschiedliche Begriffe. *Ageism*¹⁰, *lookism*¹¹, *Behindertenfeindlichkeit* (Oswald 2007: 134) oder *ableism* oder *able-bodyism*¹² bezeichnen die Diskriminierung von Menschen aufgrund des Alters, des äußeren Erscheinungsbildes oder aufgrund von Behinderungen. Gemeinsam ist ihnen der Bezug auf Körperlichkeit, weshalb wir den fokussierenden Begriff *Bodyismen* gewählt haben.

Gemeinsamkeiten der vier Strukturkategorien

Allen vier Strukturkategorien – Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper – und den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen ist gemeinsam, dass sie in einem kapitalistischen System zur möglichst kostengünstigen Verwertung der Ware Arbeitskraft beitragen. Die Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper steuern den Zugang zum Er-

10 „[A]ny attitude, action, or institutional structure which subordinates a person or group because of age or any assignment of roles in society purely on the basis of age“ (Traxler 1980: 4; vgl. R. Butler 1990).

11 Diskriminierung von Individuen aufgrund deren äußeren Erscheinungsbildes. Der Begriff benennt den Mechanismus der Hierarchisierung von Individuen auf der Basis von Körpermerkmalen, die positiv oder negativ bewertet werden und somit den Wert des Individuums steigern oder mindern, vgl. <http://www.lookism.info/definition.html> [13.09.08].

12 „[D]iscrimination in favor of the able-bodied“, vgl. <http://www.websters-online-dictionary.org/ab/able-bodiedism.html> [13.09.08].

werbsmarkt, differenzieren die Verteilung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen über den Lohn und weisen die Reproduktionsarbeit ungleich zu. Dabei lässt sich eine gesamtgesellschaftliche Verbilligung der Ware Arbeitskraft auf unterschiedliche Art und Weise realisieren, nämlich durch:

- flexibilisierten Zugang und entsprechende Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt – über Erwerbslose (Klasse), stille Reserve (Geschlecht), Arbeitserlaubnis (Rasse) und Altersbegrenzungen (Körper)
- Lohndifferenzierung über schlecht bezahlte Erwerbsangebotsangebote bei hoher Erwerbslosigkeit (Klasse), Abwertung von Frauenarbeit (Geschlecht), schlecht bezahlte Einstiegsjobs für MigrantInnen ohne gesicherte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis (Rasse) sowie Abwertung der Kompetenz älterer Menschen (Körper)
- kostenlose Reproduktionsarbeit durch primär Frauen in vorwiegend heterosexuellen Familien (Geschlecht) sowie Eigenverantwortung für die individuelle Gesundheit (Körper), kostengünstige Reproduktionsarbeit über illegalisierte MigrantInnen (Rasse) für Haushalte mit entsprechend hohem Einkommen (Klasse) (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Differenzkategorien auf der Strukturebene und ihre zentralen Bedeutungen

	Flexiblierter Zugang und Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt	Lohndifferenzierungen	Kostenlose bzw. kostengünstige Reproduktionsarbeit
Klasse	Erwerbslose als Ausgleich für Nachfrageschwankungen auf dem Arbeitsmarkt	Normalbeschäftigte versus Prekariat, Erwerbslose als LohndrückerrInnen	Inanspruchnahme von Dienstleistungen zur Erziehung, globale Betreuungsketten
Geschlecht	Frauen als stille Reserve	Differenzierte Arbeitsbewertungsmaßstäbe, Steuern und Sozialabgaben	Zusätzliche und unbezahlte Haus- und Pflegearbeit von Frauen
Rasse	Arbeitserlaubnis als Flexibilisierungspotenzial	Bad jobs als Einstieg in den Arbeitsmarkt	MigrantInnen als günstige ‚Dienstmädchen‘
Körper	Alter und Krankheit als Ausgrenzungsmöglichkeit	Abwertung der Kompetenz von älteren und nicht vollständig fitten Menschen	Individualisierte Krankheitsprävention, Pflicht zur Gesundheits- und Altersvorsorge

Damit verbilligen sich im gesellschaftlichen Rahmen nicht nur die Kosten für die Arbeitskraft. Darüber hinaus entsteht über die Diskriminierungsstrukturen entlang der vier Strukturkategorien für die Individuen ein unterschiedliches Einkommensniveau. Dies hat vielfältige Konsequenzen in Bereichen der sozialen Teilhabe, des politischen Einflusses, der Startchancen für die eigenen Kinder. Feministische Analysen weisen immer wieder darauf hin, dass gut bezahlte Arbeitskräfte mit ihrem Einkommen die eigene Reproduktionsarbeit sowie die Haus- und Sorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Personen an Frauen, die maximal Teilzeit erwerbstätig sind, oder bezahlte Haushaltsarbeiterinnen delegieren können. Dieses Abtreten von Reproduktionsarbeiten an Dritte eröffnet ihnen wiederum bessere Möglichkeiten, dem Arbeitsmarkt zeitlich und örtlich höchst flexibel zur Verfügung zu stehen.

Was wir hier herausgearbeitet haben, sind strukturelle Dominanz- und Herrschaftsverhältnisse, die sich anhand der vier Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper bestimmen lassen. Die vier Strukturkategorien beschreiben Prozesse und Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Akkumulation. Diese Strukturkategorien verteilen die verschiedenen Arbeitstätigkeiten – Produktions- und Reproduktionstätigkeiten – ebenso wie die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen ungleich auf verschiedene Personengruppen. Mit diesen Kategorien lassen sich damit verbundene Ausbeutungs- und Diskriminierungsstrukturen – Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen – aufzeigen und rekonstruieren.

Wir setzen kein Herrschaftsverhältnis als dominant voraus, sondern fokussieren auf ihre Verbundenheiten. Ferner gehen wir davon aus, dass die Beziehungen dieser Herrschaftsverhältnisse untereinander einem historischen Wandel unterliegen. Dabei können Verschiebungen von einer Kategorie zu anderen stattfinden. Das bedeutet gleichzeitig, dass diese einzelnen Herrschaftsverhältnisse je nach Kontext unterschiedliche Bedeutung erlangen können und nur in ihrer Relation zueinander zu verstehen sind.

Als Konstante bleibt allerdings festzuhalten, dass Ein- und Ausschlüsse entlang dieser vier Strukturkategorien eine ungleiche Ressourcenverteilung aufrechterhalten. Wie diese empirisch ausgestaltet ist, lässt sich nicht theoretisch ableiten, zumal sie von den sozialen Praxen der AkteurInnen abhängt, die ja den Ausgangspunkt unseres empirischen Vorgehens bilden. Abgesichert werden diese Herrschaftsverhältnisse durch handlungsorientierende und strukturbildende Normen und Ideologien, die wir im Folgenden mit der Analyse symbolischer Repräsentationen berücksichtigen.

2.2 Symbolische Repräsentationen

Symbolische Repräsentationen stützen die von uns dargestellten Herrschaftsverhältnisse – Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen – und werden von ihnen gleichzeitig auch mit hervorgebracht. Ferner ermöglichen vorherrschende Normen, Werte und Stereotypen Identitätskonstruktionen, und diese individuellen Subjektivierungsprozesse stabilisieren wiederum symbolische Repräsentationen durch performative Wiederholungen. Daher ist es für eine intersektionale Analyse unabdingbar, die in einem Kontext vorherrschenden Normen, Werte und Stereotypen herauszuarbeiten. Wir konzentrieren uns in diesem Kapitel darauf zu verdeutlichen, was wir unter symbolischen Repräsentationen verstehen. Auf deren Verwobenheit mit der Strukturebene und Identitätsebene gehen wir dann in Kapitel 3 näher ein.

Judith Butler hat immer wieder auf die Wirkmächtigkeit von Diskursen, insbesondere auf die Kraft von sich ständig wiederholender und zitierender sprachlicher Praxis verwiesen (Butler 1990, 1995: 22). Dabei spielen Differenzierungskategorien eine wichtige Rolle. Uns kommt es hier darauf an, im Unterschied zur Strukturebene eine Vielzahl von Kategorien einzubeziehen. Diese müssen sich nicht einer oder mehreren der vier Strukturkategorien zuordnen lassen, da hier die für die Bestimmung struktureller Herrschaftsverhältnisse notwendige Komplexitätsreduzierung nicht von entscheidender Bedeutung ist. Der Übersichtlichkeit halber ordnen wir unsere Ausführungen jedoch entlang der vier Strukturkategorien in der Reihenfolge Klasse, Rasse, Geschlecht, Körper.

Die diskursive Thematisierung und Verbindung der Kategorien auf der symbolischen Repräsentationsebene hat mit theoretischen Problemen zu kämpfen, die je nach Kategorie unterschiedlich gelagert sind. Wie bereits beschrieben haben Kategorien wie Bildung, Beruf, Vermögen oder auch soziale Netzwerke ihre naturalisierten Bedeutungen weitgehend verloren. Diese Kategorien gelten als gesellschaftliche Positionen, die sich relational aufeinander beziehen und die Einzelne beeinflussen können, so die vorherrschende Ideologie. Gerade heutige neoliberale Entwicklungen betonen immer wieder aufs Neue die Eigenverantwortung eines jeden Individuums. Mit der Abkehr von einem zumindest vom Anspruch her sozialorientierten Wohlfahrtsstaat sind alle gefordert, sich permanent zu verändern, lebenslang zu lernen und sich selbst zu ernähren. In seinen Gouvernamentalitätsstudien benennt Michel Foucault als zentralen Punkt der neoliberalen Regierungsrationale das Modell der Selbstführung. Das Subjekt wird dazu aufgerufen, sich im Rahmen der Ökonomisierung des Sozialen als „Unternehmer seiner selbst“ (Foucault 2006: 314) zu entwerfen. Dabei wird in der politischen Ideologie des

Neoliberalismus überhaupt nicht in Frage gestellt, dass Märkte und Wettbewerbe die effektivsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsfelder und Instrumente sind (Beck/Meine 2007: 9), selbst wenn die Fakten gegenwärtiger Finanz- und Wirtschaftskrisen eine andere Sprache sprechen.

So ist nicht weiter erstaunlich, dass gesellschaftliche Diskurse immer wieder darauf verweisen, dass sich auch Erwerbslose aus eigener Kraft (wieder) in den Arbeitsmarkt integrieren können und auch prekär Beschäftigte Aufstiegschancen in eine so genannte Normalbeschäftigung haben. So ist die Meritokratie, die Herrschaft von Leistung, ein allgemein anerkanntes, performativ wirksames Prinzip und als Norm im Allgemeinwissen verankert.¹³ Wer wegen mangelnden Leistungswillens keinen Erfolg hat, verdient dieser Diktion zufolge keine gesellschaftliche Unterstützung.

Deutlich anders sieht es mit den Kategorien Rasse und Geschlecht aus, deren Relationalität und Unterscheidbarkeit sich auf eine naturalisierte Differenz bezieht. Mit dieser Naturalisierung gewinnen diese beiden Kategorien ihre besondere Bedeutung für die Gesellschaft, da sie nicht hinterfragbar scheinen. Rassistische Argumentationen zielen darauf ab, „dass die Menschen ‚von Natur aus‘ ungleich und ungleichwertig seien, weshalb sie unterschiedliche gesellschaftliche Stellungen einnehmen müssten“ (Oswald 2007: 133). Solche Argumentationen stellen einen ideologischer Zusammenhang zwischen sozialen Ungleichheiten und spezifischen, meist auf körperliche Merkmale bezogene Eigenschaften von Personen her und ‚erklären‘ oder rechtfertigen damit diese Ungleichheiten. Obwohl Rassen nichts Natürliches, sondern etwas Imaginiertes sind, begreifen sich Menschen in hegemonialen Diskursen innerhalb einer ethnischen, nationalen, regionalen, weltanschaulichen oder religiösen Gruppe als ‚naturwüchsige‘ Community. Die zentrale Spaltung ist dabei die zwischen ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘, und daran wiederum hängen andere bewertete Differenzierungen wie etwa modern/vormodern, Zentrum/Peripherie, zivilisiert/unzivilisiert, Weiß/Schwarz, rational/emotional, triebbeherrscht/triebhaf, vernunftgeleitet/instinktgeleitet (Eickelpasch/Rademacher 2004: 84-86). Rassistische Ideologien oder

13 Die meritokratische Triade (bestehend aus Bildung, Beruf und Einkommen) spielt für die Legitimation sozialer Ungleichheiten eine Schlüsselrolle: „Die Qualifikation *soll* in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position *soll* mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsdeologie.“ (Kreickel 1992: 97) Um eine Ideologie handelt es sich, weil sie nicht auf die Förderung sachlicher Leistungsfähigkeit beschränkt bleibt, sondern gleichzeitig die Ungleichheit von Lebenschancen rechtfertigt.

Argumentationsstränge nutzen die Zuschreibung von sozial konstruierten Unterschieden entlang von Kategorien wie Ethnie, Religion, Nationalität, Weltanschauung zur Hierarchisierung von Menschen und damit zur Ausgrenzung Einzelner oder ganzer Gruppen (Miles 1991). Die Funktion ist eine Erklärung sozialer Unterschiede trotz herrschender Gleichheitsideologie.

Dabei gehen rassistische Argumentationen – seien sie im biologischen Rassismus, Rassismus ohne Rassen, Neorassismus, kulturellen Rassismus oder differenziellen Rassismus verortet – von einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Kulturen aus. Die konstruierte Differenz folgt dem Muster einer asymmetrischen Bezeichnungspraxis, eine als naturgegeben behauptete Differenz stützt den Herrschaftsanspruch.¹⁴ Damit lassen sich unter rassistische Ideologien all die Normen und Stereotype, Sprichwörter und Witze, Meinungen und Vorstellungen, künstlerischen und politischen Repräsentationen sowie Weltanschauungen verstehen, in welchen soziale Praxen durch den Hinweis auf die Über-/Unterlegenheit angeblich natürlicher Rassen und damit auch kulturell und/oder ethnisch markierter Anderer legitimiert werden (vgl. Bader 1998: 108).

Politik und Medien schaffen beispielsweise mit Begriffen wie ‚Wirtschaftsflüchtling‘ und Redeweisen wie ‚das Boot ist voll‘ ein Klima, nach dem ein konfliktfreies Zusammenleben nur bei einer verminderten Zahl von MigrantInnen möglich sei. Dazu ist eine Ideologie erforderlich, die erklären kann, dass bestimmte Gruppen nicht länger nach Deutschland einwandern dürfen. Dabei betonen radikale Positionen eines grundlegenden Ausschlusses von ZuwanderInnen die Toleranz des liberalen Mainstreams, der auf moderate rassistische Formen setzt. Rassistisch ist also vor allem die Logik der Argumentation. Während den rassistisch ausgegrenzten mangelnde Anpassung an die ‚deutsche Leitkultur‘ vorgeworfen wird, können sich alle diejenigen, die sich zur Mehrheitsgesellschaft zugehörig definieren können, in der trügerischen Sicherheit wiegen, selbst durch ihre Zugehörigkeit zur EU vom wohlhabenden Westen zu profitieren.

¹⁴ Heute spricht man statt von einer natürlichen Ungleichheit verschiedener Rassen von der Unaufhebbarkeit kultureller Differenzen (Balibar/Wallerstein 1990: 28). Der Effekt ist der gleiche, nämlich die Reduktion des Individuums darauf, eine ausgegrenzte Totalität zu repräsentieren. Eine häufig wiederholte Figur der Argumentation lautet beispielsweise, Personen mit einem nicht-deutschen ethnischen Hintergrund könnten oder wollten sich aufgrund ihrer ‚Abstammung‘ nicht an die ‚deutsche Leitkultur‘ anpassen.

Noch weniger hinterfragbar als eine angeblich natürliche Rasse erscheint die Natürlichkeit von Geschlecht, genauer: der Zweigeschlechtlichkeit und daran geknüpft der Heterosexualität (Degele 2005). Bei dieser Annahme handelt es sich vermutlich um den härtesten Stabilitätskern des Alltagswissens. Sie ist „in unserem Kulturkreis definitiv und (fast) unwiderruflich festgelegt“ (Gottschall 2000: 215). So wird verständlich, dass nichts mehr verunsichert, als nicht zu wissen, ob es sich bei dem Gegenüber um einen Mann, eine Frau oder eine Person mit anderer Geschlechtszuordnung handelt. In einer gesellschaftlichen Landschaft zunehmender Verunsicherung, geforderter Flexibilität und Leistungsbereitschaft gewinnen die Inszenierungen ‚des natürlichen Unterschieds‘ wieder an Bedeutung. Die verstärkte Naturalisierung eines Geschlechterunterschieds kommt gerade Recht, scheint es doch wenigstens dort noch Gewissheiten zu geben, auf die sich Individuen verlassen können. Denn wenn sich so vieles wandelt und immer mehr zerbricht, Arbeitsplätze, Renten und Umwelt nicht mehr sicher sind, bleiben mit dem geschlechtlichen Körper doch noch vermeintlich letzte Sicherheiten. Dies erklärt auch die Popularität biologischer Erklärungsmodelle, die hemmungslos in verstaubten Kisten Mammut jagender Männer und Probleme wälzender Frauen in Steinzeithöhlen wühlen.¹⁵

Neben binärer Zweigeschlechtlichkeit und sexueller Orientierung ist auf der Ebene der symbolischen Repräsentationen auf den Aspekt der Generativität zu achten, weil diese Kategorie vor allem auf der Bedeutungsebene als Legitimation zur Konstruktion von Geschlechterdifferenzen Verwendung findet. So gibt es unendliche Stereotype, welche Aufgaben Müttern obliegen. Unabhängig ob sie wie in fordistischen Zeiten sich möglichst umfassend um die Erziehung der Kinder kümmern sowie die Haushaltsarbeit für die gesamte Familien übernehmen oder heute als post-fordistische Alltags-Managerin Beruf, Erziehung der Kinder, Pflege der Alten und vieles mehr zusammenbringen sollen: In beinahe jedem Kontext spielen stereotype Bilder von Müttern beziehungsweise dem Gegenpart der Kinderlosen mit ihrer fehlenden sozialen Verantwortung eine bedeutsame und disziplinierende Rolle.

Mit den diskursiven Beschreibungen rund um Körper verhält es sich deutlich anders, obwohl Diskussionen um körperliche Eigenschaften zunächst sehr viel mit den auf Körperlichkeit bezogenen Auseinandersetzungen zu Geschlecht und Rasse gemeinsam haben. Öffentliche Debatten verweisen hier allerdings nicht auf die Naturhaftigkeit der Körper,

¹⁵ Ein gutes Beispiel dafür liefert die Gehirnforschung, die mit immer neuen und methodisch nicht haltbaren Geschlechterunterschieden von Gehirnen aufwartet (zur Darstellung und Kritik vgl. Schmitz 2006).

wie bei Geschlecht und Rasse, sondern fokussieren – vielleicht primär aus Vermarktungs- oder Einsparungsinteressen – derzeit verstärkt auf die Gestaltbarkeit und Veränderbarkeit von Alter, Leistungsfähigkeit und Aussehen. Prophylaxe, Sport und die Sorge um sich selbst ermöglichen es, so das wiederkehrende Credo, Jungsein bis ins numerisch hohe Alter zu verlängern. In diesem Sinn haben sich Diskurse um Körper von denen um Geschlecht und Rasse gelöst und nähern sich den Leistungsdiskursen meritokratischer Klassenideologien an. Körper dienen als Symbol zur Inszenierung von Status.

Nicht nur Schönheitsoperationen (Villa 2008) und Wellness (Duttweiler 2005) sind beliebte Thema für Massenmedien geworden. So basiert der deutschsprachige STERN aus dem gegenwärtigen Hype um den Körper ganz im Trend der Zeit eine Geschichte mit dem Titel „Stärker, gesünder, klüger. Die heilende Kraft des Sports“ (Carmichael 2007). Dort führt eine 32-jährige Mathematikerin in einem Versicherungskontext ihre Produktivität und Tüchtigkeit auf ihr regelmäßiges Schwimmsporttraining zurück: „Ich kann mir im Leben Ziele setzen, Ehrgeiz entwickeln, mich motivieren und systematisch auf einen bestimmten Punkt hin arbeiten.“ (Ebd.: 151) Die Botschaft ist eindeutig: Sportlichkeit ist zu einem gesellschaftlichen Leitwert geworden (vgl. Kaschuba 1989), und alle Einzelnen haben die entsprechende Sorge und Verantwortung zu tragen, sich fit zu halten. Letztendlich, so die neoliberale Botschaft, ist jedes Individuum für sich selbst verantwortlich. Also gilt es die eigenen Körper so zu formen und zu gestalten, dass sie den Anforderungen gerecht werden. Dies schlägt sich auch in Debatten um Doping (Geipel 2008), Neuro-Enhancement (Schaper-Rinkel 2009) und Optimierung (Ach/Pollmann 2006) nieder. Armut aufgrund einer mangelnden Eigenvorsorge und Disziplin gilt als selbst verschuldet. Gefordert ist eine gesunde Lebensführung.

Selbstverständlich kommen all die nur exemplarisch aufgeführten Kategorien, die als ideologische Konstrukte dienen, je nach Kontext in verschiedenartigen Zusammensetzungen vor. Beispielsweise steckt in ‚alte Schrulle‘ zweierlei. Die Person wird nicht nur als alt und verschroben gebrandmarkt, sondern ist selbstverständlich auch weiblich. Also sind es Frauen, denen in heteronormativer Zuordnung ein entsprechender Mann fehle. Aufgabe einer intersektionalen Mehrebenenanalyse ist deshalb, die Wechselwirkungen von unterschiedlichsten Kategorien auf der symbolischen Repräsentationsebene herauszuarbeiten.

Die Repräsentationsebene ist für die Bildung und Aufrechterhaltung ungleichheitsgenerierender Kategorien keineswegs ein bloßes Addendum. Symbolische Repräsentationen wirken sowohl als Ideologien und Normen der Rechtfertigung für Ungleichheiten wie auch als Sicherheits-

fiktion struktur- wie auch identitätsbildend. Auf letzteres, nämlich die Identitätskonstruktionen mithilfe verschiedenartiger Kategorien, gehen wir im Folgenden näher ein.

2.3 Identitätskonstruktionen

Auf die Verwobenheit von Kategorien bei der Konstruktion von Identitäten verweist der *doing difference* Ansatz, nämlich dass Geschlecht „gleichzeitig mit Ethnie und Klasse entsteht und wirkt. Erst wenn man die Konstruktion von Geschlecht, Klasse und Ethnie als simultane Prozesse begreift, wird es möglich zu erkennen, dass die Relevanz dieser Ordnungsmuster je nach Interaktions-Kontext variieren kann.“ (Fenstermaker/West 2001: 237) Dies muss allerdings auch Prozesse des Irrelevanzmachens von Kategorien einschließen, wie es Hirschauer (2001) oder Deutsch (2007) für Prozesse des *Undoing Gender* aufgezeigt haben. Identitätskategorien, also Kategorien, die ein Verhältnis zu sich selbst bestimmen (vgl. Maihofer 2002: 25), können für Individuen in bestimmten Lebenssituationen also auch keine oder eine nachgeordnete Rolle spielen. Identität unterscheidet zwischen dem Selbst und dem Anderen – ob aufgrund von Sprache, Territorialität, Geschlecht oder anderem. Gemeint ist der „Prozess der Sinnkonstruktion auf der Grundlage eines kulturellen Attributes oder einer entsprechenden Reihe von kulturellen Attributen, denen gegenüber anderen Quellen von Sinn Priorität zugesprochen wird“ (Castells 2003: 8). Aufgrund fortschreitender Individualisierungsprozesse macht es dabei freilich keinen Sinn, die Kategorien auf Geschlecht, Klasse und Ethnizität zu begrenzen.¹⁶ Als Konsequenz muss ein Intersektionalitätsansatz die Anzahl der für die Analyse zur Verfügung stehenden und erforderlichen Kategorien auf dieser Untersuchungsebene prinzipiell offen halten.

Dabei gehen wir von der Analyse aus, dass in der Spätmoderne und noch zugespitzter unter derzeitigen neoliberalen Vorzeichen fixe Zuordnungen an Stabilität verlieren und unterschiedlichste Brüche und Widersprüche zu beobachten sind. In dieser Situation versuchen Individuen, mit verstärkten Rückgriffen auf traditionelle und/oder neuartige Differenzierungslinien durch Abgrenzung von Anderen Unsicherheiten zu vermindern und eigene Sicherheiten zu erhöhen.

¹⁶ Das ist gar nicht mal so neu. Bereits vor einem Jahrhundert wies ein Soziologe der ersten Stunde, nämlich Georg Simmel (1968), darauf hin, dass eine Beschreibung auf der Ebene interaktiv hergestellter Identitäten umso aussagekräftiger wird, je genauer sich ein Individuum im Schmittfeld verschiedener Kategorien positionieren lässt.

So hängt beispielsweise der Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt nicht nur von Formalqualifikationen ab, sondern auch davon, wie es Einzelnen gelingt, sich als gebildet, sozial kompetent, jung und vieles mehr zu präsentieren. Dies hat enorme Auswirkungen auf die Konstruktionen des eigenen Selbst im Alltag. Denn bei einem Kampf aller gegen alle, bei dem die Orientierung auf einen gut dotierten und sicheren Erwerbsarbeitsplatz stabil bleibt, werden diejenigen ausgegrenzt, die sich nicht entsprechend konstruieren können, also ‚Alte‘ oder ‚Berufsunterbrecher‘ oder ‚Mütter‘. Diese und andere (vermeintlich) weniger flexible oder weniger angepasste Identitäten werden als Abgrenzungsfolie für besser passende Identitätskonstruktionen benutzt.

Ferner sind Abwertungen von Ausgrenzten ohne nationalstaatlich abgesicherte Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis auf diesem Hintergrund zu interpretieren. Vor allem rassistische Ausgrenzungspraxen entlang den Kategorien nationalstaatliche Zugehörigkeit, Ethnizität und Religion haben an Bedeutung gewonnen: Der Prozess der „Rassifizierung“ basiert auf einer asymmetrischen Bezeichnungspraxis (Singer 1997: 45), bei der die Bezeichnenden sich selbst als Maßstab einbringen. Die beiden Seiten sind aufeinander verwiesen, die Konstitution des Selbst erfolgt über die Abgrenzung von Anderen mit dem Ergebnis, dass Letztere sich selbst als Andere wahrnehmen (Hall 1994: 30).

Die Definition von Zugehörigkeit und Konstruktion von Identität ist freilich nicht auf ‚Ausgegrenzte beschränkt. Auch ‚Integrierte‘ bilden durch die Wahrnehmung der Anderen als Andere ihr eigenes Selbst und stellen damit Zugehörigkeit her. Dies vermittelt Integrierten wie auch Ausgegrenzten Sicherheit. Die sich wandelnde Bedeutung von Mann-Frau-Unterscheidung und sexueller Orientierung demonstriert vielleicht am eindrucklichsten die Notwendigkeit von Sicherheitskonstruktionen und -fiktionen. Denn einerseits sind die Optionen vielfältiger geworden: Geschlechtswechsel wie auch ein Leben zwischen Geschlechtern sind grundsätzlich möglich, wenngleich GeschlechtsmigrantInnen (vgl. Hirschauer 1993: 351) mit erheblichen gesellschaftlichen Sanktionen zu rechnen haben; homosexuelle Lebensformen gehören zumindest in Westeuropa weitgehend zum gesellschaftlich akzeptierten Tatbestand. Gayle Rubins (2003) vor 20 Jahren noch zutreffende Theorie der sexuellen Stratifizierung mit der plakativen Gegenüberstellung ‚guter‘ (= gleichgeschlechtlicher) Sexualität unter Verheirateten versus ‚schlechter‘ (= gleichgeschlechtliche) Sexualität (mit oder zwischen Transsexuellen, Transvestiten, FetschistInnen, SM-Praktizierenden, SexarbeiterInnen, und/oder PornodarstellerInnen) stimmt in dieser Schärfe nicht mehr. Dennoch ist es für den Verkauf der Arbeitskraft und die eigene soziale

Positionierung nach wie vor wichtig, sich eine Identität ‚zuzulegen‘, die in die bipolare, heterosexuelle Geschlechtskonstruktion passt.

Gleichzeitig verweist die Kategorie Generativität sowohl auf eine virulente Spaltung zwischen Müttern und Nicht-Müttern wie auch zwischen Müttern und Vätern auf dem Arbeitsmarkt. Gerade wenn Mütter in familiären Zusammenhängen Kinder erziehen, sind geschlechtliche und sexuelle Identitäten in ihren Handlungspraxen durch massive Widersprüche geprägt, wie sie Angelika Wetterer (2003) treffend mit dem Begriff der rhetorischen Modernisierung belegt. Beispielsweise gilt es nicht mehr als politisch korrekt, wenn Frauen den Beruf aufgeben, sobald ein Paar ein Kind erwartet. Aus diesem Grund verkaufen Frauen heute – und das ist Teil der Rhetorik – ihre Entscheidungen als Ergebnis freier Wahl und nicht von Zwang, auch wenn bei der Teilung der Hausarbeit vor allem in den individualisierten Milieus unter dem Strich alles beim Alten bleibt (Koppetsch/Burkhard 1999). Damit ziehen letztlich doch wieder vor allem Frauen die schlechteren Karten. Individuen suchen also einen Gewinn von Sicherheit in unsicheren Zeiten auch und vor allem in vermeintlich Bewährtem (wie der Konstruktion der treusorgenden Ehefrau) und damit in heteronormativen institutionalisierten Beziehungsformen – die hohen Wiederverheiratsquoten nach Scheidungen sprechen dafür.

Auch körperliche Zuschreibungen über Kategorien wie Alter, Leistungsfähigkeit, Gesundheitszustand und Attraktivität gewinnen in neuer Form an Bedeutung. Bei Verunsicherungen auf allen Ebenen wächst der Druck, das wichtigste Mittel, das ein Mensch zur Reproduktion seiner Arbeitskraft und damit zur eigenen Lebensabsicherung einsetzen kann, zu *nutzen*. Es kommt zu ausgeprägter Eigenverantwortung für die umfassende körperliche Leistungsfähigkeit und damit verbunden das Aussehen, das möglichst jung und attraktiv zu sein hat. Deutlich wird dies darin, dass eine wachsende Anzahl von Menschen mit viel Zeit, Energie und Finanzmitteln versucht, ihre Körper fit, gesund und attraktiv zu halten, wie es etwa in der Zunahme von Fitnessangeboten und Schönheitsoperationen sichtbar wird (vgl. Sobiech 2004).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es bei Identitätskonstruktionen entlang verschiedenartiger Differenzkategorien erstens um die Verminderung von Unsicherheiten in der eigenen sozialen Positionierung durch Ab- und Ausgrenzung von Anderen, und zweitens um die Erhöhung von Sicherheit durch Zusammenschlüsse und eine verstärkte Sorge um sich selbst geht – womit Individuen nicht nur selbst nach Absicherung (zu) streben (versuchen), sondern auch ein umfassendes und vielfältiges Differenzierungssystem aufrechterhalten.

Dabei spielen Naturalisierungen und Hierarchisierungen eine wichtige Rolle. Deutlich wird dies vor allem bei Diskursen rund um Rasse und Geschlecht. Denn auf der Grundlage hierarchisierter Differenzkategorien konstruieren Individuen nicht nur unterschiedlichste Identitäten, sondern reproduzieren gleichzeitig hegemoniale symbolische Repräsentationen und hierarchisierte materialisierte Strukturen. Geschieht dies unter Rückgriff auf Naturalisierungen, dockt dies ebenso an vermeintlich sicherer wissenschaftliches wie auch an Alltagswissen an, verleiht Identitäten, Strukturen und Repräsentationen zusätzliche Glaubwürdigkeit und festigt letztlich die Reproduktion des Gesamtsystems.

3 METHODOLOGIE: PRAXEOLOGISCHER INTERSEKTIONALITÄTSANSATZ

In diesem Kapitel wollen wir unser methodologisches Vorgehen schrittweise erläutern. Dazu begründen wir zunächst, warum wir die Verbindung der drei Analyseebenen über einen an Pierre Bourdieu angelehnten praxeologischen Ansatz für sinnvoll halten (Kap. 3.1). Dann entwickeln wir ein Modell von Wechselwirkungen und stellen dar, wie wir ein Ineinanderwirken der drei Ebenen analysieren können (Kap. 3.2). Schließlich konkretisieren wir die einzelnen methodischen Schritte einer intersektionalen Analyse (Kap. 3.3). Am Ende des Kapitels soll ein Werkzeugkasten zur Verfügung stehen, um damit ins empirische Feld zu gehen – was wir im darauf folgenden vierten Kapitel tun wollen.

3.1 Verbindung der Ebenen über soziale Praxen

Die Verbindung der verschiedenen Ebenen erläutern wir anhand sozialer Praxen von Individuen. Mit Bourdieus Theorie der Praxis gehen wir davon aus, dass der Ausgangspunkt und Gegenstand der Soziologie die sozialen Praxen sein sollten, die einer empirischen Untersuchung zugänglich sind. Bourdieus Überlegungen zu einer Theorie der Praxis eignen sich aus folgenden drei Gründen als methodologische Grundlage einer intersektionalen Gesellschaftsanalyse. Erstens legen sie eine empirisch gesättigte Theoriekonstruktion nahe, die zweitens in die methodischen Postulate der Relationierung und Kontextualisierung mündet und drittens – so unsere Leseweise – Praxen sozialer Positionierung im Schnitt-